

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 186.

Sonnabend, den 10. August 1912.

19. Jahrg.

Hierzu zwei Beilagen.

Die Belastung des deutschen Volkes.

Nach den Beteuerungen der Regierung und der sie stützenden Parteien müßte das deutsche Volk in dem besten aller Staaten leben. Sie bemühen sich deshalb auch, in den breiten Massen das Gefühl der Dankbarkeit für die angeblichen Wohltaten des herrschenden Systems zu erhalten. Das Volk solle sich nur ruhig auf seine Leiter verlassen, die nicht nur nach bestem Gewissen das schwierige Geschäft des Regierens übernehmen, sondern auch in weiser Einsicht das wahre Wohl der arbeitenden Klassen vertreten. Nichts ist geeigneter, diese Anschauung von der patriarchalischen Abhängigkeit zu zerstören, als der Hinweis darauf, daß die Regierten selbst das ganze System erhalten, daß ihre finanziellen Opfer erst die Durchführung der Regierungsmaßnahmen ermöglichen. Die breite Basis für den komplizierten Aufbau des Regierungsmechanismus bildet das souveräne Volk. Wenn nach kapitalistischem Gesetz und Recht die Größe der Leistungen den Anteil des Einflusses an der Leitung eines Unternehmens sichert, so gebührt nach diesem bürgerlichen Grundsatz gerade auch den Massen das Bestimmungsrecht über die Verwendung ihrer finanziellen Opfer.

Allein die Art der Leistungen birgt den untrüglichen Beweis, daß nicht die Mehrheit des Volkes selbst sie sich freiwillig auferlegt hat. Die arbeitenden Massen wenden sich dagegen, daß sie die Hauptkosten tragen müssen, obgleich sie von dem Genuß der mit eigenem Blut unterhaltenen Einrichtungen so gut wie ganz ausgeschlossen sind, falls diese Einrichtungen nicht gerade ihrer eigenen Knebelung dienen. Sie sträuben sich, ihrer Hände Lohn für sie schädigende Zwecke hinzugeben. Die Art der Verwendung und Aufbringung sowie die Höhe der steuerlichen Lasten erscheint ihnen daher gleich bekämpfenswert, bei aller Einsicht in die Notwendigkeit großer Ausgaben für wahre Kulturzwecke.

Eine Zusammenfassung der Finanzen des Reichs und der deutschen Bundesstaaten, wie sie das letzte Vierteljahrheft zur Statistik des Deutschen Reichs bringt, gewährt einen guten Einblick in die Leistungen des Volkes. Nicht weniger als 9 236 Millionen sind nach dem Voranschlag für 1911 aufzubringen. Etwa zwei Drittel fallen davon auf die Bundesstaaten, mehr als ein Drittel auf das Deutsche Reich. Die Verwendung dieser ungeheuren Summen zeugt von dem kapitalistischen Charakter Deutschlands. Außer der Reihe der eigentlichen Ausgaben stehen die auf Erwerbseinkünfte, d. h. also für Domänen, Forsten, staatliche Bergwerke, Eisenbahnen, Post und Telegraph, sowie für sonstige staatliche Betriebe (3971 Millionen). Alle diese Unternehmungen werfen selbst Erträge für Reich und Bundesstaaten ab. Unter den reinen Ausgaben stehen an erste Stelle die für das Reichsheer und die Marine (1283 Millionen). Dazu wären noch die Ausgaben für den Reichsinvalidenfonds (aus der Finanzverwaltung) und die Zinsenlast der für militärische Zwecke verwandten Anleihen zu zählen. Die Finanzverwaltungen von Reich und Bundesstaaten verbrauchen nach dem Voranschlag für 1911 insgesamt 988 Millionen. Die Staatsschulden belasten das Volk mit 953 Millionen. 770 Millionen erfordert die „innere Verwaltung“, wozu die Ausgaben für Polizei, Handel, Gewerbe, Bauten, Landwirtschaft, Versicherungsweisen u. a. gehören. Dann erst folgen die Kultusaussgaben (mit 534 Millionen). Neben den Ausgaben für Kunst, Wissenschaft und Schule stehen hierin noch mindestens 88 bis 90 Millionen für kirchliche Zwecke. Die Justizverwaltung beansprucht etwa 299 Millionen.

Au das Reich liefern die Bundesstaaten 257 Millionen ab. Ein nicht geringer Teil (93 Millionen) muß auch für die „äußeren Angelegenheiten“ aufgebracht werden; das Einkommen der Staatsoberhäupter, die Ausgaben für Apanagen, Hofhaltung, Ordenswesen, Staatsministerium werden davon bestritten.

Die Einnahmen des Reichs und der Bundesstaaten sollen nach dem Voranschlag von 1911 rund 9236 Millionen betragen. Von den 3153 Millionen, die das Reich zu tragen hat, werden zwei Drittel durch Steuern und Zölle gedeckt. In den Bundesstaaten dagegen bilden die Erwerbsanstalten die Haupteinnahmequelle. Die Staatseisenbahnen bringen in Preußen und Oldenburg allein mehr als die Hälfte der ordentlichen Einnahmen. Aber auch in den Bundesstaaten ist die direkte Belastung mit Steuern nicht unerheblich. Das Reich nimmt an Zöllen 787 Millionen, an Zöllen und Steuern insgesamt 1705 Millionen ein. Die Einfuhrzölle, die auch die allernotwendigsten Lebensbedürfnisse belasten, bringen demnach 46 Prozent der Zoll- und Steuereinnahmen. Von

den übrigen Verbrauchsabgaben belasten den Konsum: die Zuckersteuer mit 158 Millionen Mark, die Branntweinabgaben, der sich freilich immer mehr Arbeiter dank dem Branntweinkonkott entziehen, mit 179 Millionen Mark, die Brausteuer mit 143 Millionen Mark, die Salzsteuer mit 59 Millionen Mark. Die Leuchtmittel-, Zündwaren-, Schaumweinsteuer bringen je 10 bis 16 Millionen Mark. Die Reichsstempelabgaben (205 Millionen Mark), die Wechselstempelsteuer (18 Millionen Mark), die Spielkartenstempelsteuer (2 Millionen Mark) und die Banknotensteuer (0,5 Millionen Mark), vervollständigen die Liste der indirekten Steuerabgaben. Nur die Wertzuwachs- und die Erbschaftsteuer mit den geringen Beträgen von 39 und 13 Millionen Mark treffen den Besitz.

Nun belastet der Einfuhrzoll bekanntlich nicht nur die eingeführten Quantitäten, sondern steigert auch die Preise der im Inland produzierten Mengen zugunsten der agrarischen und industriellen Kapitalisten. Für die Getreidearten konnte der tatsächlich in Erscheinung tretende Preiszuschlag annähernd richtig geschätzt werden. Nach Brentanos Berechnungen verteuerte der Zoll den Verbrauch von Roggen, Weizen, Gerste und Hafer um 998 Millionen Mark, wovon nur 109 Millionen der Reichskasse zugute kamen, während 879 Millionen Mark in die Taschen der Agrarier fließen. Nimmt man an, daß auch nur in geringem Maße sämtliche agrarischen und industriellen Produkte durch den Zoll- und Steuerzuschlag und die in gleicher Richtung wirkenden Verwaltungsmaßnahmen verteuert wurden, so ergibt sich, daß das deutsche Volk ein vielfaches der 1705 Millionen Zoll- und Steuereinnahmen des Reiches durch den Konsum zu tragen hat.

Neben dem Reich fordern auch die Bundesstaaten ihren Tribut an Zoll und Steuern von jedem Bürger. 996 Millionen Mark bringen sie durch direkte Steuern, Verbrauchs- und Verkehrsabgaben auf. In Preußen bilden davon nur die direkten Steuern einen erheblichen Prozentsatz (399 Millionen gleich 84,5 Prozent). Pro Kopf der Bevölkerung erhebt Preußen an direkten Steuern 9,95 Mark und steht damit unter dem Durchschnitt der Bundesstaaten mit 11,67 Mark. Aus der Höhe der Steuer pro Kopf der Bevölkerung kann man noch nicht die mehr oder minder gerechte Heranziehung erschließen. Die direkten Steuern umfassen in der Statistik die verschiedensten Arten: Einkommen-, Ergänzungs-, Grund-, Gebäude-, Wohn-, Gewerbe-, Kapitalrenten-, Eisenbahn-, Bergwerks- u. a. Steuern. Mit am wenigsten bildet die Einkommensteuer einen Maßstab für die gerechte Verteilung der Steuerlast. Werden auch in einzelnen Staaten die niedrigen Einkommensstufen herangezogen, so erhöht sich der Betrag pro Kopf, und dennoch leiden die Bedürftigen in diesem Lande. So werden in Preußen Einkommen von 400 Mk. an besteuert. Von der Gesamtsteuersumme (275 Millionen) der physischen Zensiten in Preußen bringen die mit einem Einkommen von 900 bis 3000 Mk. ein Drittel (92 Millionen) auf. Die unteren Klassen tragen also auch hier einen ganz erheblichen Teil der direkten Steuern.

Da die Steuerumme pro Kopf in der Statistik auch auf Säuglinge Kinder und Frauen aufgeteilt ist, spielt weiter die Altersgruppierung der Bevölkerung für diese Ziffer eine große Rolle; nur die Erwerbstätigen und Rentner zahlen ja Steuern. Steigern läßt sich der Betrag durch schärfere Heranziehung der besitzenden oberen Schichten natürlich ganz bedeutend.

Die Erbschafts- und Schenkungssteuern pro Kopf der Bevölkerung gestatten dagegen eher einen Rückschluß auf die absolute Höhe dieser Besitzabgaben. Während im Durchschnitt der Bundesstaaten pro Kopf 0,35 Mk. gezahlt werden, weist Preußen nur eine Quote von 0,19 Mk. auf. Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, Mecklenburg, Oldenburg, Braunschweig und einige der kleineren Staaten beziehen aus dieser Steuergattung erheblichere Beträge.

Berechnet man nun die gesamte Belastung der Bevölkerung, so fallen an Reichszöllen und Verbrauchsabgaben pro Kopf 26,09 Mk., an Erbschafts- und Schenkungssteuern nur 0,60 Mk. An Steuern der Einzelstaaten kommen dazu im Reichsdurchschnitt: 11,67 Mk. direkte Steuern; 1,69 Mk. Verbrauchsabgaben; 1,64 Mk. Verkehrssteuern; 0,35 Mk. Erbschafts- und Schenkungssteuern. Insgesamt ist jeder Deutsche mit 42,04 Mk. direkten und indirekten Steuern belastet. Mehr als die Hälfte davon fällt auf die indirekten Steuern. Da diese die arbeitenden Klassen weit empfindlicher treffen als die besitzenden, erhebt die Sozialdemokratie immer wieder ihre grundsätzliche Forderung der Abschaffung dieser Steuern.

Natürlich stellen diese Kopfquoten an direkten und indirekten Steuern noch keineswegs die gesamte steuerliche Belastung des Volkes dar. Dazu bedurfte es der Feststellung aller Steuern für öffentliche

Zwecke, also auch derjenigen für Gemeinden, Kreise, Provinzen und sonstige öffentliche (Schul-, Kirchen-, Weg-) Verbände.“ Nach früheren Berechnungen (1907) stellt sich die Belastung durch Kommunalabgaben auf 1043 Millionen Mark. Unter Berücksichtigung der seit 5 Jahren erfolgten Erhöhung auch dieser Steuern würde sich die gesamte Belastung um weitere 20 Mk. pro Kopf, also auf etwa 62 Mark belaufen. Das bedeutet eine ganz gewaltige Summe, denn nach der Berechnung muß sie auch jeder Säugling tragen. Auf den Erwerbstätigen entfallen in der Tat weit höhere Lasten. Auch die Tatsache, daß die Besitzenden zu den Besitzsteuern allein oder zu höheren Quoten herangezogen werden, mildert den harten Druck auf die breiten Massen kaum. In den 62 Mk. stecken eben mehr als zur Hälfte indirekte Steuern, die der Massenkonsum tragen muß. Und nochmals müssen wir an die Milliarden erinnern, die durch unsere Hochschulzollpolitik in die Taschen der Privatkapitalisten fließen. Milderung des unerträglich gewordenen Steuerdrucks, Beseitigung der die Volksgesundheit bedrohenden Steuererhebung, soweit sie durch staatliche Maßnahmen hervorgerufen wird, kurz Verhütung der Auspovertung des Volkes heißen wir daher von neuem von der Regierung und den Vertretungskörpern. Die arbeitende Klasse in ihrer Macht steht hinter dieser Forderung!

Die Toten der Zeche „Lothringen“ klagen an.

Das Grubenunglück auf Zeche „Lothringen“ bei Bochum hat in die Feststimmung von Essen einen argen Mißklang gebracht. Die Festlichkeiten, die in der Villa Hügel für Freitag angelegt waren, wurden verschoben und der Handelsminister, der Regierungspräsident und der Landrat fanden sich an der Unglücksstelle ein. Auch der Kaiser hat der Grube und den Verletzten einen flüchtigen Besuch abgestattet.

Man wird Worte menschlicher Teilnahme an dem Unglück hören, und die servile Presse wird sich in einen Wortschwall von Lobhudeleien einhüllen, um das Gewissen derer zu beschwichtigen, die durch das furchtbare Unglück beunruhigt wurden, oder unter dem ersten Eindruck von dem Gedanken an eine, wenn auch nur moralische Mitschuld befallen worden sind. Nichts aber von all den Worten und Taten menschlicher Sympathie vermag die Toten zum Leben zu erwecken. Nichts kann und darf darüber hinwegtäuschen, daß das heutige Sicherheitsmännerystem, dessen Einführung erst durch die 350 Toten von Kabbod erkaufte werden mußte, versagt hat, daß es versagen mußte aus Gründen, die von den Vertretern des Bergarbeiterverbandes und der Sozialdemokratischen Partei in den Parlamenten seinerzeit auf das eingehendste dargelegt wurden. Man erinnere sich auch, daß dem Sicherheitsmännerystem seinerzeit die Berliner Geheimkonferenz der bergbaulichen Scharfmacher unter Führung des bekannten Oberscharfmachers Hilger keine Bedeutung beimaß, sondern das Geleg als Beschwichtigungsmittel für die Arbeiter betrachtete. Nichts darf darüber hinwegtäuschen, daß zu den Gruben, auf denen die Organisation der Bergarbeiter, soweit es sich um den „alten Verband“ handelt, auf das unerhörteste verfolgt wurde, die Zeche „Lothringen“ mit in erster Linie zu zählen ist. Es sei daran erinnert, daß nicht nur der Druck, der auf „Lothringen“ bei den Knappschafts-, Gewerbegerichts- und Sicherheitsmännerwahlen auf die Arbeiter ausgeübt wurde, von keiner Zeche im ganzen Revier überboten worden ist, sondern daß speziell auf dieser Zeche die Sicherheitsmänner einen außerordentlich schweren Stand hatten, wenigstens diejenigen, die es mit ihrem Amt ernst nahmen. Es war die Zeche „Lothringen“, die gleich bei den ersten, im August 1910 stattgefundenen Sicherheitsmännerwahlen einem Manne durch den Steigeragen ließ, er solle kündigen, sonst werde er gekündigt. Warum? Weil er als Kandidat aufgestellt war. Neun Jahre hatte er der Zeche gedient, ohne eine einzige Strafe zu erleiden; und das will bei der Arbeitsordnung und der Behandlung, die auf den Ruhrzechen üblich ist, schon etwas heißen. Der Mann lehnte es ab, zu kündigen; da wurde er von dem Betriebsführer gekündigt. Ungeachtet dessen wurde er noch vor Ablauf der Kündigungsfrist von

seinen Kameraden als Sicherheitsmann gewählt. Die Zeche ließ ihn aber nicht zur Anfuhr zu, weil er gekündigt sei. Dieses Verhalten war ein so flagranter Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen, daß auf die Anzeige des Sicherheitsmannes hin sogar der Amtsanwalt in Bochum eine Offizialklage gegen den Betriebsführer erhob. Das Schöffengericht Bochum verurteilte den Betriebsführer auch zu 15 Mk. Geldstrafe, welche Strafe das Landgericht Bochum bestätigte. — Es sei vor allem, ohne der amtlichen Untersuchung vorgreifen zu wollen, heute schon gesagt, daß die Befolgung der Sicherheitsvorschriften auf „Lothringen“ tatsächlich vieles zu wünschen übrig ließ; daß insbesondere nicht unerhebliche Schlagwetter vorhanden waren. Nach sachmännischer Ansicht muß die Wetterführung nicht in Ordnung gewesen sein; sonst erschiene es unverständlich, daß man nicht einmal vermocht hat, rechtzeitig zu dem auf der dritten Sohle belegenen Revier des Steigers Paßmann zu kommen. Die Zechenbeamten zuckten am Unglückstage die Schultern über die vermeintliche Größe des Unglücks. Sie mußten merkwürdigerweise am Abend noch nicht einmal zu sagen, wie viel Leute in den in Frage kommenden Revieren überhaupt beschäftigt waren. Ihnen war offenbar von oben der Mund geschlossen worden. Nicht zuletzt gewiß, um die Festivitäten in Essen nicht zu stören; mochten draußen auch die Angehörigen in steigender Angst und Pein harren. Noch nicht einmal die Namen der Geretteten oder der geborgenen Toten wurde bekannt gegeben. — Der 8. August hat gezeigt, wie man Feste zu Ehren der patriarchalischen Arbeit und der papiernen Sozialpolitik feiert; er hat aber auch gezeigt, wie das moderne Grubenproletariat im Dienst der Arbeit sterben muß!

Halbamtlich wird gemeldet: Bis 6 Uhr nachmittags sind 105 Leichen zutage gefördert worden, 6 befinden sich noch in der Grube, ein Bergmann wird vermißt. Der Ort der Explosion war ein Querschlag in der dritten Sohle, wo ein Bläser angepöpselt worden ist. Die Beerdigung der Opfer findet Sonntag, den 11. August in Gerthe bei Bochum statt.

Politische Rundschau

Deutschland.

Der Appell an den Wagen.

Die Agrarier scheinen ernstlich damit zu rechnen, daß die Regierung angesichts der jetzt geradezu unerschwinglichen Fleischpreise die Einfuhr von Gefrierfleisch gestatten könnte, und als kluge Leute bauen sie vor. Sie suchen nämlich dem Volk den Genuß von Gefrierfleisch schon im Vorhinein zu vereiteln. Die „Deutsche Tageszeitung“ hat einen ihr offenbar genehmigungsverwandten schweizerischen Tierarzt entdeckt, der über das Gefrierfleisch schreibt:

„Der austretende Fleischsaft enthält aber gerade die Bestandteile, die den würzigen Geschmack frischen Fleisches ausmachen, nämlich die anorganischen Fleischsalze, die Muskel- und Blutfarbstoffe und gelöste Eiweißstoffe.“ Dadurch erklärt sich der sogenannte „strohige“ Geschmack des Gefrierfleisches. Bei längerem Aufbewahren nimmt auch das Fett einen veränderten, unangenehmen, ranzigen Geschmack an, und schließlich geht auch der Geschmack des Verpackungsmaterials — Musfelingewebe — auf das Fleisch über, man nennt das Sautgeschmack. Bedenkt man noch, daß das wieder aufgetaute Fleisch außerordentlich schnell der Fäulnis anheimfällt, so ist es selbstverständlich, daß das Schweizer Publikum sich für das amerikanische und australische Gefrierfleisch nicht hat begeistern können.“

Man merkt die Absicht und wird — nicht verstimmt. Die Agrarier haben bekanntlich früher, als die Konkurrenz der Margarine sich fühlbar machte, behauptet, daß die Margarine aus verdorbenem, ranzigem Talg hergestellt wird und bei der Beratung des Margarinegesetzes verlangten sie sogar eine Vorschrift, wonach Margarine blaue gefärbt werden sollte! In England wird seit Jahren das überreizte Gefrierfleisch gegessen, vielleicht sind deutsche Agrarier bei Besuchen in England selbst schon damit gefüttert worden, ohne daß sie Schaden an ihrer kostbaren Gesundheit gelitten haben. Sedenfalls ist Gefrierfleisch immer noch besser für die Volksernährung als der heutige Zustand, der für breite Volksschichten das Fleisch zu einem seltenen Genuß macht.

Eine neue Einnahmequelle der Steuerbehörden.

Im Wahlkreise Labiau-Behlau hatte sich der Grundbesitzer Rentier Hermann Dumaël an der liberalen Wahl-agitation im Kreise beteiligt, was die konservative Steuerbehörde sofort veranlaßt hat, ihn höher zu besteuern. Als er gegen seine Veranlagung Einspruch erhob, wurde ihm im Beratungsausschusse mitgeteilt, daß die Steuerbehörde 80 Mk. Einnahmen aus der Wahl-agitation angelegt habe (!). Der Rentier ging zum Landrat, der Vorsitzender der Veranlagungskommission ist, und erklärte hier an Eidesstatt, daß er aus seiner Wahl-agitation keine Einnahmen gehabt habe, worauf der Landrat sagte: „Dann gehören Sie zu den Wenigen, die es ohne Bezahlung machen!“ Später wußte der Rentier noch eine schändliche Bezeichnung vom Bureau der liberalen Parteien darüber bringen, daß er tatsächlich keinerlei Einkommen aus seiner Wahl-agitation erzielt habe.

Es würde zu netten Zuständen führen, wenn die Steuerbehörden allgemein so vorgehen würden. Übrigens, wenn die Veranlagungskommissionen auch nur den halben Eifer in der Erforschung der Vermögens- und Einkommensverhältnisse in den agrarischen Kreisen anwenden würden, könnten Staat und Gemeinden jährlich viele Millionen Mark mehr an Steuern einnehmen.

Zentrumsbrüder unter sich.

Trotz aller päpstlichen Friedesgebote nehmen auch in Schlesien die Kämpfe zwischen den Berliner Überkaiser-

liken und den Gewerkschaftsschriften Kölner Färbung ihren Fortgang. Am Dienstag plähten in einer Versammlung in Breslau die Geister wieder aufeinander, wobei Herr Fleischer, der abgeleitete Reichstagsabgeordnete, den Heerführer machen mußte. Als Ersatzmittel für den gottlosen und nutzlosen Streik, dem leider auch die Christen noch ab und zu huldigen, empfahl er die Föhrung von Haushaltsbüchern, mit denen man zum Arbeitgeber und, wenn das nicht hilft zum Landrat gehen müsse, um eine Lohn-erhöhung zu erbitten! Das war selbst für die katholischen Arbeiter dieser Richtung zu starker Tabak, und es erhob sich gewaltiges Murren, das sich in der Diskussion zu einem obligaten Schimpf- und Bruderkampf verdichtete. Einer der Arbeiter, der zugleich als Armenpfleger tätig ist, meinte zu Herrn Fleischer, er möge sich doch erst einmal das entsetzliche Elend der Armen ansehen, ehe er die Ruhmestaten der Sozialgesetzgebung feierte, und ein anderer rief entrüstet: „Auf dem Lande geht alles nach dem Kaplan, sollen das vielleicht Arbeitervereine sein?“ Große Entrüstung am Vorstandstische, wo neben zwei Arbeitern sieben Geistliche saßen! „Das ist der giftige Haß gewisser Leute!“ replizierte Herr Fleischer, der sich darauf sagen lassen mußte: „Das ist Ihr Berliner Katholizismus, Sie Quertreiber!“ Hier wußte sich der wortgewandte Mann nicht anders zu helfen, als daß er sich hinter den Papst versteckte und ausrief: „Wer uns so beschimpft, trifft den heiligen Vater in Rom, denn wir tun nur, was er uns befehlt!“ Von seinen Getreuen hagelte es inzwischen nieder: „Das ist ein Spion“, und unter solchen Kumbungen schloß die Eröffnungs-schlacht, die bald ihre Fortsetzung erfahren dürfte. Denn selbst dem Papste gelingt es nicht mehr, die Wut seiner Getreuen zu zügeln.

Preussische Einkommensteuer.

Halboffiziös wird mitgeteilt, es sei als gewiß anzunehmen, daß die preussische Einkommenbesteuerung für das Jahr 1913 sich auf der Grundlage des jetzigen Gesetzes vollziehen werde. Der Staat werde die Steuer mit den Zuschlägen in der bisherigen Weise erheben.

Die Schiffsabgaben kommen.

Der Reichstag hat das Gesetz über Erhebung von Schiffsabgaben zwar genehmigt, aber es kann solange nicht angewendet werden, bis Österreich für die Elbe, Holland für den Rhein ihre Zustimmung erteilt haben. Daß daran in absehbarer Zeit zu denken ist, erschien zunächst ausgeschlossen, wie ja auch die deutschen Interessenten selber noch auf ihrem Widerspruch beharren. Die preussische Regierung, die Urheberin des Schiffsabgabengesetzes läßt nun durch die „Berliner Politischen Nachrichten“ verkünden, daß dem Landtag im Herbst ein Gesetzesentwurf zugehen wird, der den Ausbau der Oberstrecke zwischen Breslau und Fürstenberg zum Gegenstand hat. Die Unterbrechungen, unter denen die Schiffsahrt wegen niedrigen Wasserstandes vielfach zu leiden hatte, sollen auf diese Weise vermieden werden. In Fürstenberg zweigt der Kanal nach der Spree ab, sodaß eine stets befahrbare Wasser Verbindung zwischen Breslau und Berlin geschaffen wird. Besonders der Transport der Produkte aus dem schlesischen Montanrevier wird dadurch erheblich gefördert werden. Die erwähnte Notiz der „Berliner Politischen Nachrichten“ besagt auch:

„In dieser Hinsicht dürfte die Wasserstraße: Odermündung-Wassertrassen-Hamburg vor der Elbstraße einen beträchtlichen Vorsprung gewinnen, solange für diese die Möglichkeit, Schiffsabgaben zu erheben und damit die Vorbedingung für ähnliche Verbesserungen fehlt, wie sie dank dem Schiffsabgabengesetz jetzt für die Oder in Aussicht genommen werden können. Denn die Odevorlage ist die erste Frucht dieses Gesetzes, nur auf Grund desselben ist sie möglich geworden. Wenn jetzt an der Hand der Vorlage dem Schiffsverkehrs auf der Oder und der großen durchgehenden Straße nach Hamburg so beträchtliche Vorteile in Aussicht stehen, so ist dies dem Umfange zuzuschreiben, daß die Wasserstraße der Oder rein preussisch ist, mithin das Schiffsabgabengesetz für sie unmittelbar in Kraft treten konnte.“

Preußen baut also die Strecke Breslau — Fürstenberg nur deshalb aus, um den Verkehr auf der Elbe zu schädigen. Man hofft auf diese Weise die Interessenten der Elbschiffahrt dahin zu bringen, daß sie ihren Widerstand gegen die Erhebung von Schiffsabgaben fallen lassen. Ist das erreicht, dann hofft man mit Österreich leichtes Spiel zu haben. Wenn Österreich seine Zustimmung gegeben hat, dann ist es natürlich nur eine Frage der Zeit, bis das kleine Holland auch seinen Widerstand gegen die Erhebung eines Stromzollens auf dem Rhein fallen lassen wird. Der Ausbau der Oberstrecke Breslau—Fürstenberg war längst eine Notwendigkeit, und es ist bezeichnend für die preussische Politik, daß man an die Lösung einer solchen hohen Kulturzwangsbahn erst herantritt, nachdem sich damit die Möglichkeit verbindet, ein verkehrsförderndes, den Handel schwer belastendes Reichsgesetz auf Umwegen zur Geltung bringen zu können.

Deutscher Polizei-Kongress.

Wie die „Berl. N. N.“ hören, hat die preussische Regierung bei den andern Bundesstaaten die Abhaltung eines deutschen Polizei-kongresses angeregt. Zur Vorbereitung für diesen Kongress haben seit dem Frühjahr Verhandlungen zwischen Vertretern der Bundesstaaten geschwebt über eine geplante einheitliche Gestaltung der Kriminalpolizei. Es handelt sich in erster Linie um das Identifizierungsverfahren und um das Nachrichtenwesen. Bei den Verhandlungen mit den Vertretern der verschiedenen Bundesstaaten ist auch die Frage des zeitweiligen Austauschens von Beamten zwischen den einzelnen Bundesstaaten erörtert, um eine mögliche Bielesichtigkeit der Erfahrungen bei der Ausbildung herbeizuführen.

Gewiß wird sich der Kongress auch noch mit verschiedenen anderen Themen befassen, die nicht genannt werden.

Frankreich.

Aufgehobenes Klaffenurteil. Der Kassationshof hat das vom Schwurgericht in Rouen gegen den Sekretär des Kohlenarbeiter-Syndikats Duraz ausgesprochene Todesurteil auf-

gehoben. Duran war beschuldigt, die Ermordung des Arbeitswilligen Dage angestiftet zu haben, die in einer Versammlung von Ausländern in Le Havre, in der er den Vorsitz führte, beschlossen wurde. Die Angelegenheit erregte seinerzeit großes Aufsehen und wurde auch im Parlament erörtert. Nunmehr wird sich ein anderer Gerichtshof mit dem Fall Duran zu befassen haben.

Türkei.

Der Zwischenfall mit Montenegro ist erledigt. Der türkische Gesandte hat Auftrag erhalten, nach Cetinje zurückzukehren.

Die Südbalkanen haben sich bereit erklärt, ihre Scharen wieder aufzulösen und sie in ihre Dörfer zurückzuführen, falls die Regierung die Versicherung abgibt, daß alle Zugeständnisse, die in Nordbalkanien gemacht werden würden, auch den Südbalkanen zuteil werden. Außerdem fordern sie, in dieser Angelegenheit mit ihren nordbalkanischen Genossen ungehindert telegraphisch verkehren zu dürfen.

Amerika.

Wie auf Haiti ein Präsidentenwechsel vollzogen wird. In Port-au-Prince auf Haiti ist gegen den dortigen Präsidenten General Leconte ein Dynamitattentat verübt worden. Die Explosion legte, wie gestern schon berichtet, das ganze Palais des Präsidenten in Trümmer. Der Präsident selbst wurde getötet. Leconte ist erst seit dem vorigen Jahre Präsident, nachdem es ihm gelungen war, seinen Vorgänger zu beseitigen.

Sofort nach dem Tode Lecontes wurde die Nationalversammlung einberufen, die mit großer Signifikanz den General Tancrede Auguste zum Präsidenten wählte, der nun die Genüsse und Gefahren seines „hohen Amtes“ so lange haben wird, bis ein anderer General — deren es in der Negerrepublik einige hundert gibt — sich zum „Retter des Vaterlandes“ berufen fühlt.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Sonntagsabend, den 10. August.

Organisierte Arbeiter Lübecks! Der Ausflug der Gewerkschaften und Vereine Lübecks nach Fackenburg-Stockelsdorf findet morgen mittag 1½ Uhr vom Sammelplatz beim alten Bahnhof aus statt. Die Polizeibehörde hat auch in diesem Jahre der Arbeiterschaft wieder bezüglich des Festzuges und des Marsches der einzelnen Vereine von ihren Vereinslokalen nach dem Sammelplatz Vorschriften gemacht, die niemals erlassen werden, wenn sogenannte patriotische Vereine in Lübeck Umzüge veranstalten. Gerade diese zweierlei Behandlung sollte den Arbeitern und ihren Familien Veranlassung geben, nun erst recht an dem Festzuge teilzunehmen und so der Bevölkerung Lübecks ein Bild von der Größe und dem Umfang der hiesigen modernen Arbeiterbewegung zu geben. Auf dem Festzuge ist Sorge für gute Unterhaltung und ausreichende Bewirtung geordert.

Eine „Überzeugung“ der mecklenburgischen Parteigenossen durch die Lübecker befürchtet unser Moskauer Bruderblatt, weil die Verammlung des Sozialdemokratischen Vereines in Lübeck beschlossen hat, für den Fall, daß auf dem Parteitag in Chemnitz die Einsetzung eines Parteiausschusses zur Tat werden sollte, den Vorsitzenden der hiesigen Parteiorganisation als Mitglied vorzuschlagen. Die „Mecklenburg. Volksztg.“ bemerkt dann weiter:

„Im übrigen wollen wir hier nachdrücklich betonen, daß wir die Verkoppelung des industriellen Lübeck mit dem agrarischen Mecklenburg zu einem Wahlkörper für ganz und gar unglücklich halten. Man wird zugeben müssen, daß die Lübecker Art auch im übrigen Deutschland vorhanden und durch die Delegierten jener Gegenden im Parteiausschuss mitvertreten werden kann. Die Mecklenburger Art aber ist von der Lübecker usw. recht unterschieden, ist als Objekt und Subjekt etwas anders und sollte deshalb selbständig einen Vertreter zum Parteiausschuss stellen dürfen.“

Wir verstehen den Wunsch unserer Mecklenburger Genossen, selbständig einen Vertreter zum Parteiausschuss stellen zu dürfen, durchaus und halten ihn auch für berechtigt. Aber nachdem man nun einmal vom grünen Tisch aus Lübeck mit Mecklenburg in dieser Sache verknüpft hat, kann man es auch den Lübeckern, die eine alte starke und opferfreudige Organisation besitzen, nicht verargen, wenn sie versuchen, einen größeren Einfluß auf die Leitung der Gesamt-partei zu erhalten, zumal die Bezirks- und Landesvorstandskonferenzen, auf denen Lübeck stets vertreten war, nach der Errichtung eines Parteiausschusses recht bedeutungslos werden, wenn man sie nicht überhaupt auflöst. Was nun von der Mecklenburger und Lübecker Art gesagt wird, trifft wohl nicht ganz zu, denn gerade Lübeck und Hamburg sind so mit der mecklenburgischen Bevölkerung vermischt, daß wohl auch etwas von der mecklenburgischen Art in Lübeck haften geblieben ist. Doch das ist aber ziemlich nebensächlich. Die Absicht einer Überlegung der Mecklenburger liegt jedenfalls den Lübecker Parteigenossen völlig fern, und wenn eine Verständigung über diese Frage herbeigeführt werden kann, so sind wir gewiß nicht die letzten, die dazu die Hand bieten würden.

Krupp-Wagnertismus. Wenn jemand Geld, viel Geld besitzt, dann findet er auch immer eine Presse, die um ihn herumwebelt und an ihm Vorzüge entdeckt, welche nur eine ausschweifende Phantasie ihm andichten konnte. Die Firma Krupp ist ungeheuer reich; sie verdient jährlich an die dreißig Millionen Mark; also wird sie von gewisser Seite in allen Tonarten gepriesen. Gerade jetzt, wo sie ihr hundertjähriges Bestehen feiert. In dem widerlichen Tanz um das goldene Kalb fehlt natürlich auch die freisinnige Presse nicht. In Lübeck ist es namentlich das „linksliberale“ „Tageblatt“, welches wiederholt Lobgesänge auf Krupp, „sozialen Staat im Staat“ anstimmt, die um so unangenehmer klingen, als man durchweg nur falsche Noten hört.

Krupp erbaute eine Bäckerei, damit seine Arbeiter gutes Brot zu angemessenen Preisen kaufen könnten. Er übernahm die in Konkurs geratene Offener Konsumanstalt und brach damit entschlossen dem Gedanken Bahn, der ihn zur Einrichtung der Bäckerei bewogen hatte. Heute gibt es wohl nichts, was Krupp Arbeiter nicht in ihrer Konsumanstalt kaufen könnten!

Wenn Arbeiter eine Bäckerei bauen, um ihren Klassen-genossen Brot zu angemessenem Preise zu liefern, oder wenn

Ne einen Konsumverein gründen, dann zertert die gleiche freisinnige Presse über eine Schädigung des Mittelstandes. Aber wenn die Millionenfirma Krupp das gleiche tut, dann ist es wohlgeplant! Dann ist es aus mit der freisinnigen Liebe zum Mittelstand.

Krupps „Wohlfahrtspflege“, die von vielen als Wohlfahrtspflege empfunden wird, ist immer eigennützig gewesen. Das hindert das „Lübecker Tageblatt“ jedoch nicht, folgen des abzudrucken:

„Das ist Krupps sozialer Staat, eine Gründung, die dem Geiste ihrer Zeit um Generationen vorausseilt. Mag sein, daß auch sie ihre Schatten hat, aber sie vermögen gewiß nicht, das blendende Licht zu beeinträchtigen, das von ihr auf Alfred Krupps Persönlichkeit fällt. Gewiß hat Krupp sich gefragt: „Wie schaffe ich mir Arbeiter, die nicht allein um des Lohnes willen sich mir widmen?“ Das aber gerade adelt den Mann, daß es ihm nicht genug war, Lohn zu zahlen und Arbeit hinzunehmen, daß er vielmehr aus einem ersten Schüler seiner eigenen Notjahre ein Beschränkter der Not seiner Mitarbeiter wurde. Verhüten konnte er es nicht, was das Gesicht an häuslichem Kummer ihnen aufzwang. Ihm die Quellen zu verstopfen, soweit menschliche Klugheit das vermag, und es zu lindern, wenn es überraschend doch hereingebrochen war, das ist kein Streben allezeit gewesen, und hat ihm an der Schwelle seines Lebens niemand weisend verklärt: „Du wirst ein Segen sein!“ hat ihm die Nachwelt willig nachgerufen: „Du warst ein reicher Segen für alle, denen Deine Sorge sich widmete!“

Eine solche byzantinische Schweifwedelei vor einem Millionenengemine aus den Knochen der für ihn tätigen Arbeiterschaft ziehenden Kapitalisten widert geradezu an. Es ist wiederholt, auch im Deutschen Reichstag, ausgesprochen worden, daß die Kruppische „soziale Fürsorge“ in Wirklichkeit nichts anderes ist als eine Fessel für die auf dem Werk beschäftigten Leute, die sie selbst in ihren Arbeitsleistungen doch mitbezahlen müssen. Die „Wohlfahrtsanlagen“ bestehen in der Hauptsache aus einer Reihe Arbeiterwohnhäuser, einem Altenheim, in das invalide Arbeiter nur bei völliger Arbeitsunfähigkeit und nur nach fünfzehn- bis zwanzigjähriger Beschäftigungsdauer aufgenommen werden können, und in der unrichtigst bekannnten Pensionkassette, die den Arbeitern weder gesellschaftlichen Anspruch auf Pension gewährt, noch ihnen die von ihrem lauer verdienten Gelde eingezahlten Beiträge zurückerstattet, wenn sie nach jahrelanger Tätigkeit den Betrieb verlassen oder hinausgemesselt werden. Daß auch das System der schwarzen Listen in diesem Musterbetrieb besteht, sei nebenbei erwähnt. Daß dieses System eine Wohlfahrtsanlage für die Unternehmer bedeutet, mag stimmen. Die Arbeiter haben an dem „sozialen Staat“ Krupps kein Interesse, trotz aller freisinniger Lobhudelei. Gerade das Kruppische Werk demonstriert in aufdringlicher Weise den Widerstand der kapitalistischen Wirtschaft. Während das Riesenermögen der Kruppischen Familie, einiger weniger Personen, in unheimlicher Multiplikation wächst, bleiben die hunderttausende Arbeiter, die bisher in dem Unternehmen schafften und den Reichtum durch schwere und gefährliche Arbeit erzeugten, arm wie die Kirchenmäuse. Das wissen und fühlen die denkenden Arbeiter, und deshalb kämpfen sie gegen derart wahnsinnige Wirtschaftsverhältnisse. Trotz der lobhudelei Sublimationsartikel über Krupp und seinen „sozialen Staat“!

Neues Stadttheater. Der Prospekt für die kommende Spielzeit liegt nunmehr dem Publikum im Druck vor. Die Andeutung, daß das gekoppelte zweitägige Abonnement fortfällt und dafür ein Abonnement auf die einzelnen Tage eröffnet wird, dürfte allgemein freudig begrüßt werden. Auch die vielen lästig empfundene Bestimmungen, daß in den Logen Vorder- und Hinterplatz nur zusammen vergeben werden dürfen, kommt in Wegfall. Ferner ist, wie aus der Preisliste der Plätze zu ersehen ist, eine weit größere Anzahl von Plätzen zu Mittelpreisen geschaffen worden. Das erste Parterre und der zweite Rang haben eine wesentliche Verbilligung erfahren. Der Speersitz und die ersten Sitzreihen im ersten Rang werden gepflastert. Es ist damit vielfachen, an die Direktion gerichteten Wünschen Rechnung getragen worden. Aus der Gestaltung des künstlerischen Teils im Prospekt kann man ersehen, daß die Direktion für einen vornehmen und gediegenen Spielplan Sorge getragen hat. Die besten unserer modernen Komponisten und Autoren kommen zu Gehör. Und auch den klassischen Werken ist ein breiter Spielraum gewährt. Eine erlesene Schar tüchtiger Künstler ist berufen worden und wird ihr Bestes geben, um uns die Werke unserer Meister in würdiger Gestaltung vorzuführen, so daß uns eine gute und erfreuliche Saison in Aussicht steht. Der Entwurf des Spielplans gestaltet sich folgendermaßen: Neuheiten in der Oper: „Der Schmuck der Madonna“, von Wolf-Ferrari; „Der Tempel und die Jüdin“, von Marschner, Neubearbeitung von Dr. Hans Pfitzner; „König für einen Tag“, von Adam (Neubearbeitung von Wolf). — Neueinstudierungen: „Curjante“, „Samson und Dalila“, „Figaros Hochzeit“, „Don Juan“, „Cosi fan tutte“, „Die Kaiserin“, „Die verkaufte Braut“, „Der schwarze Domino“, „Der Widerspenstigen Zähmung“, „Bohème“, „Madame Butterfly“, „Das Heimchen am Herd“. — Neben diesen Werken werden wie bisher Richard Wagners Werke und die Schöpfungen der alten Meister gepflegt. (Der Ring der Nibelungen im Zyklus.) — Operette und Posse: „Der liebe Augustin“, „Cda“, „Hummelstudenten“. Neueinstudierungen: „Nanon“, „Fatinha“, „Der lustige Krieg“. Ballett: Wiener Walzer. — Schauspiel-Neuheiten: „Gudrun“, von Hardt (Werk von „Tantris der Nard“), „Wetterleuchten“, von Strindberg, „Das weite Land“, von Schnitzler, „Alles um Geld“, von Galsberg, „Der Bettler von Syrakus“, von Sudermann, „Die Sprache der Vögel“, von Paul, „Die fünf Frankfurter“, von Köhler, „Josephine“, von Vahr, „Der guttische Frack“, von Gabriel Dregely, „Junge“, von Tralow, „Gefrieren“, von Geers, „Zarin“, von Longhiel, „Vottchens Geburtstag“, von Thoma, „Münchhausens Antwort“, von Gumpenberger. — Neueinstudierungen: „Antigone“, „Wallenstein-Trilogie“, „Gomont“, „Nathan der Weise“, Richard III., „Biel Värm um nichts“, „Ein Sommernachtsstraum“, „Heinrich IV.“, „Weh dem, der lügt“, „Kosmersholm“, „Bund der Jugend“, „Der Revisor“, „Frau Warrens Gewerbe“, „Hanneles Himmelstfahrt“, „Agnes Bernauer“, „Donna Diana“.

Zulassung zum einjährig-freiwilligen Dienst. Wir werden ersucht, darauf hinzuweisen, daß die für Lübeck zuständige Ministerialinstanz in Erfahranlagenheiten Veranlassung genommen hat, die Ersatzbehörde 3. Instanz darauf hinzuweisen, daß künftig insbesondere Schüler der 17. Klasse, sofern sie diese unter Beteiligung am Unterricht in einer zweiten Fremdsprache erfolgreich bis zum Schluß besucht haben, jederzeit vor Vollendung des 17. Lebensjahres zur Ablegung der Prüfung für den einjährig-freiwilligen Dienst vor der Prüfungskommission zugelassen werden können.

Bauarbeiterräte. Auf dem Hofhofenwerk, in einem Neubau des Unternehmers Zimmer, waren drei Bauarbeiter auf einer Baustelle beim Nachputz beschäftigt; plötzlich gab das Gerüst nach und alle drei stürzten aus einer Höhe von 2,70 Meter. Zwei der Bauarbeiter kamen mit einem Schreck

bavon, dagegen verstauchte der Maurer E. Geers den linken Fuß. Auf Anordnung des Arztes vom Hofhofenwerk wurde Geers per Wagen nach seiner Wohnung befördert.

Hitzschlag, Sonnenstich. Arbeitende oder marschierende Menschen sind, besonders an gewitterstille Tagen, leicht der Gefahr des Sonnenstichs oder des Hitzschlags ausgelegt. Der Anfall kündigt sich an durch große Mattigkeit, Schmerzen im Hinterkopf, Benommenheit, Schwindel und Herzklopfen. Die Sprache wird klappert, der Puls stark und die Körpertemperatur steigt an. Weiblich diese Anzeichen unbeachtet, so sinkt der Betroffene bewußlos hin, sein Gesicht färbt sich bläulich, der Blick wird starr, der Puls matt, und die Atmung erfolgt nur oberflächlich mit raschen, kurzen Zügen. Schlafsucht tritt ein, und wenn nicht Hilfe geschafft wird, folgt nicht selten der Tod. Die Behandlung hat mit dem Unterbringen des Kranken an einem schattigen, kühlen Orte einzusetzen. Man öffne alle beengenden Kleider, benehne Gesicht und Brust mit kühlem Wasser, frottiere mit diesem sorgfältig den ganzen Körper und reibe energisch die Fußsohlen. In schweren Fällen mit ausbleibender Atmung sende man sofort zum Arzt und leite die künstliche Atmung ein, bis sie wieder selbstständig erfolgt. Ist das Bewußtsein zurückgekehrt, so reiche man frisches Trinkwasser, lasse aber nur in kleinen Zügen trinken. Wenn möglich, gebe man eine Wasserreinigung von 30 Grad Celsius in den Darm. Verhüten läßt sich Hitzschlag durch leichte Bekleidung, Entfernung enger Kragen und Schuhe, Vermeidung von Bier, Wein und durch Innehaltung der angegebenen anderen Vorsichtsmaßregeln.

R. Der unglückliche Tod eines Mopjes. „Moppi“ fand mehr Vergnügen darin, auf dem Sammet des Divans zu träumen, als — wie andere echten Hunde — auf Erforschungsreisen auszugehen und seine Verachtung gegen die menschlichen Bauwerke an jeder Ecke in einer Weise kundzutun, die jeden Bauführer erröten und die Hauswirte in blindem Zorn geraten läßt. Er rechnete sich eben nicht unter diese ganz gewöhnlichen Straßenhunde. Als aber die goldenen Strahlen der Hochsommersonne selbst in sein dämmeriges „Boudoir“ drang, da erfasste ihn eine Sehnsucht, so unwiderstehlich und so ungewiß, wahrscheinlich nach den Straßen, in denen sich die ganz gewöhnlichen Hunde tollten, und wahrscheinlich auch nach einer geliebten Hundeseite. „Moppi“ war wohlbeleibt; denn seine Herrin, oder vielmehr seine Mutter, Fräulein Krostewitz, ein Fräulein zwischen 17 und 70, hatte ihre ganze Liebe, die ja jeder Mensch in der Kammer seines Herzens aufbewahrt, auf „Moppi“ übertragen. So verließ er also sein weiches Lager und stand plötzlich in einer weiten, breiten Straße, in der Moisinger Allee. Da nähte sich ihm aber schon die Verführung, und zwar in Gestalt eines Pudels! Er stolzierte led wie eine Kokette jenseits des Damms umher, blieb plötzlich stehen als er den Mops sah, und kam diesem bis zur Mitte des Fahrdamms entgegen, wo sich beide trafen. „Moppi“ grüßte in tiefstem Baj und der Pudel antwortete in einem reinen Tenor. Nachdem sie nun mittels ihres guten Riechorgans festgestellt hatten, daß ihre Liebe auf durchaus normaler Grundlage ruhte, waren sie so sehr in ihrer gegenseitigen Hingebung vertieft, daß sie das Nahen eines fürchterlichen Automobils nicht bemerkten. Plötzlich erscholl nun kurz vor dem verliebten Paare eine Supe. Der leichtfüßige Pudel sprang beherd zur Seite. Ehe aber der dicke Mops seine Säulchen in Bewegung setzen konnte, lag er schon breitgebrückt auf dem Fahrdamme. Mit großem Geschrei kam nun Fräulein Krostewitz herbei. Sie schimpfte auf den Chauffeur, und der nannte sie eine „Heze“. Sie schleppte den Chauffeur vor den Kadi. Im Gerichtssaal erschien Fräulein Krostewitz in tiefster Trauer. Der Chauffeur wurde wegen Beleidigung für 10 Mark Geldstrafe verurteilt. „Nag Sie der Himmel strafte wegen meinem geliebten, süßen Moppi!“ rief Fräulein Krostewitz dem Chauffeur zu, als sie den Gerichtssaal verließ.

Doppel-Badcanal Falkenwiese. Die Temperatur betrug am 9. Aug. morgens 6 Uhr: Wasser 17½, Luft 14. morgens 10 Uhr: Wasser 18, Luft 19; mittags 12 Uhr: Wasser 18½, Luft 21; abends 6 Uhr: Wasser 18, Luft 22 Grad Celsius.

Patentrechtsauskunftsstelle für Unbemittelte. In der heutigen Nummer dieses Blattes macht die Gewerbekammer aufmerksam auf die Patentrechtsauskunftsstelle für Unbemittelte in der Gewerbekammer, Breitenstraße 27, I, Zimmer 4, geöffnet jeden Mittwoch, abends von 6—7 Uhr und Sonnabends, mittags von 12—1 Uhr. Die Mittwochspredigten werden von einem Patentanwalt wahrgenommen. Die Gewerbekammer hat in öffentlichen Gebäuden, in den Banken, zahlreichen Bureaus usw., soweit diese es zulassen, bezügliche Plakate zum Aushäng gebracht. Die Gewerbekammer hat, einem dringenden Bedürfnis für Lübeck folgend, im Jahre 1910 beschlossen, eine Patentrechtsauskunftsstelle in Verbindung mit der von ihr verwalteten Auslegungsstelle für deutsche Patentschriften einzurichten. Die Einrichtung ist im Laufe des Jahres 1910 ins Leben getreten und von einer großen Reihe von Lübecker Erfindern in Anspruch genommen worden. In gegebener Veranlassung ist der Gewerbekammer aber bekannt geworden, daß gerade Angehörige der unbemittelten Kreise bei dem Versuch, gewerbliche Schutzrechte zu erwirken, von gewissenlosen Ausbeutern schwer geschädigt worden sind. Sie erklärt sich diese Vorgänge damit, daß einem Teil der unbemittelten Erfinder in Lübeck die Erfindung der Patentrechtsauskunftsstelle bei der Gewerbekammer nicht bekannt geworden ist; eine Erinnerung an diese Einrichtung dürfte daher angebracht sein. Für die Verwallung dieser Auskunftsstelle hat die Kammer folgende Grundzüge aufgestellt: Die bei der Gewerbekammer Lübeck errichtete Patentrechtsauskunftsstelle erteilt Unbemittelten kostenlos Rat und Auskunft in Angelegenheiten des Patentrechts. Die Anfragen werden mündlich, für außerhalb der Stadt Wohnende auch schriftlich erteilt, jedoch ist die schriftliche Auskunfterteilung möglichst zu vermeiden. Die Auskunftsuchenden sind gehalten, jeden Besuch der Sprechstunden vorher in der Kanzlei der Kammer anzumelden. Aber jede Auskunfterteilung wird ein kurzes Protokoll geführt, aus dem ersichtlich ist: 1. Name und Adresse des Rat suchenden. 2. Die Frage des Rat suchenden. 3. Der Inhalt der erteilten Auskunft. Die zu erteilenden Auskünfte erstrecken sich auf alle, die Erwirkung, Erteilung und die Aufrechterhaltung von gewerblichen Schutzrechten betreffende Fragen. Die Anfertigung von Unterlagen für die Anmeldung von Patenten, Mustern und Warenzeichen oder von Schriftsätzen kann die Auskunftsstelle nicht übernehmen. Die Notwendigkeit dieser wichtigen Einrichtung hat der rege Besuch der Auskunftsstelle während ihres zweijährigen Bestehens bewiesen. Im kommenden Winter wird die Gewerbekammer einen oder mehrere Vorträge veranstalten über die Fragen, welche die Erwirkung, Erteilung und die Aufrechterhaltung von gewerblichen Schutzrechten betreffen.

pb. Festgenommen wurde in Herrenwaf ein Elektromonteur, der sich des Diebstahls schuldig gemacht hat.

Randsburg. Tödlicher Unfall. Der Schlosser Franz Ottowski aus Westerrönfeld stürzte beim Gerüstbruch der Hochbrücke ab und starb auf dem Transport zum Krankenhaus. Der Verunglückte war verheiratet.

Rostock. Es gibt noch Richter in Mecklenburg, und zwar neben solchen, die das laute Klaffen von Wirten als Beleidigung des Herrn Inspektors ansehen,

auch solche, denen bei der Frage, ob Wahrnehmung berechtigter Interessen vorliegt, nicht die Ansicht des Gerichts, sondern die Willensrichtung des Angeklagten maßgebend ist. Freilich handelt es sich im zweiten, schon vor einigen Tagen kurz angeführten Fall nicht wie bei dem ersten um einen Knecht, sondern um einen Pastor, aber bei der Hochachtung, die gerade die mecklenburgische Rechtsprechung sich erworben hat, wäre es durchaus verfehlt, anzunehmen, die Stellung des Angeklagten könnte auf die Urteilsfindung von Einfluß gewesen sein. Um noch einmal kurz den ersten Fall zu streifen: Bei dem Gutspächter v. Derksen in einem mecklenburgischen Nest war ein Arbeiter für die Erntezeit gegen 3 Mark Tagelohn und einen „Nachschuß“ von 25 Mark angenommen. Eines Tages war er mit andern zusammen beim Aufstecken einer Strohmiete beschäftigt, als er plötzlich, einen Wind laut abließ. Das Unglück wollte, daß der Herr Inspektor etwa 6 Meter entfernt stand und Ohrenzeuge dieses seltsamen Abblafens war. Der Arbeiter wurde deshalb sofort entlassen. Seine Entschädigungsklage wurde vom Amtsgericht Gwivien abgewiesen mit der Begründung, „es sei kein Zweifel, daß Kläger es sehr wohl vermochte, seine Wunde geräuschlos entweichen zu lassen; er habe dies aber absichtlich laut getan, um dem Inspektor seine Nichtachtung zu bezeugen, der ihn einige Zeit vorher zu rascher Arbeit angetrieben hatte. Sein Verhalten sei eine schwere Beleidigung des Inspektors, die zur Entlassung berechtige. Zum gleichen Standpunkt: und damit zur Zurückweisung der gegen das Urteil eingelegten Berufung kam das Landgericht Rostock, das in seiner Urteilsbegründung weiter ausführte: „Würde ein Gutsherr ein Benehmen, wie das des Klägers ungerügt hingehen lassen, würde er hiergegen nicht sofort auf das schärfste eingreifen, so würde er das Ansehen des Inspektors und damit sich selbst auf das schwerste schädigen.“ Als er sich erheben würde aber noch hinzu, daß der Arbeiter auf die Entlassung durch den Inspektor erwiderte, er habe mit ihm nichts abzumachen und könne seine Wunde auch dann nicht anhalten, wenn selbst der Herr v. Derksen dabei sei. Ein Entschuldigungsgrund für das Verhalten des Klägers sei nicht vorhanden. Selbst wenn er behauptet, an Bläuhungen leiden sollte, was es nicht gerechtfertigt, wenn er seine Wunde laut von sich gab. Deshalb war es durchaus „gerechtfertigt“, wenn der Herr Inspektor den Knecht sofort entließ. — In demselben Rostock aber gibt es noch andere Richter. Ein mecklenburgischer Pastor und sein Patron (ein Gutsherr) waren mit einander in Streit geraten. Kurz und bündig ließ der Rittergutsbesitzer das Tor hinter der Pfarre zugeln und verbot dem Pächterträger das Betreten der Feldmark des Rittergutes außerhalb der öffentlichen Wege. Dem Pastor packte darob der Zorn. Er fühlte sich in den Augen „seiner Gemeinde“ herabgesetzt. Eines Tages traf er auf dem Bahnhof bei jenem Rittergut einige der „Gemeinde mitglieder“, denen gegenüber er seinem gepreßten Herzen die erwünschte Luft machte, bei welcher Gelegenheit er den Rittergutsbesitzer als einen Mann bezeichnete, der sein Wort gebrochen habe, denn er hätte doch sein Wort gegeben, das Tor nicht zu vernageln. Der Rittergutsbesitzer erfuhr von der pastorlichen Agitation und fühlte sich beleidigt durch den Vorwurf des Wortbruchs. Der Rittergutsbesitzer hält nichts von der strafenden Gerechtigkeit des Himmels, sondern brachte den Pfarrer auf dem Wege der Privatklage vor das ordentliche Gericht. Schöffengericht und Landgericht verknagten den Pastor wegen Beleidigung des Ritters“. Ausdrücklich wurde ausgeführt, daß dem Pfarrer der Schutz des § 193 des Strafgesetzbuchs versagt werden müsse, wonach einem Beleidiger Straffreiheit zugesichert wird, wenn er in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt hat. Anders urteilte das Oberlandesgericht Rostock, das ihm den Schutz des § 193 zuerkannte und unter andern ausführte:

Die Tatsache allein, daß er zu seiner Rechtfertigung einen nach Ansicht des Landgerichts ungeeigneten Weg gewählt hat, vermag die Anwendung des § 193 des St.-G.-B. nicht anzuschließen. Denn die Frage der Wahrnehmung berechtigter Interessen ist nicht vom Standpunkte des Gerichts, sondern von dem des Angeklagten zu würdigen. Der Berufungsrichter (das Landgericht) führt freilich aus, daß der Angeklagte nicht glauben konnte, er werde seinem Interesse, die durch den Privatkläger veranlaßte Bloßstellung vor seiner Gemeinde zurückzuweisen, durch den gewählten Weg und das gewählte Mittel dienen. Denn die Personen, zu denen er die den Ruf des Privatklägers gefährdende Äußerung machte, seien nicht die zuständige Stelle für seine Beschwerden und das gewählte Mittel, der Vorwurf des Wortbruchs, sei zu seiner Rechtfertigung nicht geeignet gewesen. Aus dieser Begründung erhellt, daß das Berufungsgericht (Landgericht) den Begriff der Wahrnehmung berechtigter Interessen verkannt, indem es dafür die objektive Geeignetheit des gewählten Mittels für maßgebend erachtet hat, statt an erster Stelle die Willensrichtung des Angeklagten ins Auge zu fassen und von diesem Gesichtspunkte aus zu prüfen, ob derselbe die rückföhrliche Äußerung als zur Wahrnehmung seines Interesses geeignet gehalten hat.

Das Oberlandesgericht vermiß schließlich die Sache wegen der „falschen Begriffsauffassung“ an die Vorinstanz zurück, damit sie prüfe, ob der Angeklagte durch seine Äußerung jenen Zweck verfolgt hat.

Nach dem vom höchsten Gericht des Landes proklamierten Grundgesetz ist also nicht etwa der Standpunkt der Richter maßgeblich über die Frage ob die Wahrnehmung berechtigter Interessen vorliegt, und unbeachtlich ist die Ansicht der Richter, ob das gewählte Mittel geeignet ist; maßgeblich ist vielmehr die Willensrichtung des Angeklagten. Das ist aufrichtig zu begrüßen. Öffentlich wird diese Auffassung bald Gemeingut aller Richter, auch der preußischen, denn wie oft wurde vom Richter her verkündet, der angeklagte sozialdemokratische Redakteur habe gar keine berechtigten Interessen wahrzunehmen gehabt, oder der Angeklagte sei bei der Wahrung seiner berechtigten Interessen viel zu weit gegangen, müsse also verurteilt werden. Das ist nun vorbei. Und die Sonne mecklenburgischer Gerechtigkeit wird in Zukunft strahlen über Knechte und Pfaffen, denn vor dem Gesetz sind ja alle gleich.

Hamburter Butterpreise.

	Hamburg, den 9. Aug.
1. Qualität	136—138 Mk.
2. „ „ „ „ „ „ „ „	128—130 „
Russisch-Sibirische 1. Qualität verzollt	117—120 „
do. „ „ „ „ „ „ „ „	113—115 „
Fehlerhafte und ältere Bauernbutter	—
Schleswigsche und holsteinische Bauernbutter	—

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Ludwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schmarck, Druck: J. H. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Zur wirtschaftlichen Lage der Krankenpflegerinnen.

Auf dem gegenwärtig in Köln tagenden internationalen Kongress des Weltbundes der Krankenpflegerinnen sprach Reglerungs- und Geheimere Medizinalrat Dr. Hecker-Sträßburg über die Überarbeitung der Krankenpflegerinnen. Er gab auf Grund offiziellen Materials aus dem statistischen Landesamt für Preußen ein ergreifendes Bild von der traurigen Lage der Mehrzahl der deutschen Krankenpflegerinnen. Nach einer einjährigen durchaus unzureichenden Ausbildungszeit würden unerhörte Leistungen verlangt. Es kommen in größeren Anstalten 5-8 Patienten, in kleineren 8-12, in Privatkliniken sogar 12-16 Patienten auf eine Pflegerin. Von 31 200 Pflegerinnen hatten 40% eine Dienstdauer von 13-14 Stunden täglich, 42% von 14-17 Stunden, nur 18% hatten weniger als 14 Stunden Dienst. Welche Arbeiten noch außer dieser Dienstzeit zu verrichten sind, offenbart die amtliche Erhebung nicht. In vielen Fällen wird auch noch in den sogenannten „freien“ Stunden Unterricht erteilt. Und trotzdem hat das Pflegepersonal nach solchen horrenden Leistungen auch noch Nachtwachen zu erledigen; in der Regel wird auch dafür keine Freizeit am folgenden Tage gewährt. So kommen Dienstleistungen zu Stande, die 30-33 Stunden, in einzelnen Fällen sogar 40 Stunden ununterbrochen dauern. An ein Ausgehen in den dienstfreien Stunden ist gar nicht zu denken, vielfach können die Pflegerinnen überhaupt nicht frei über ihre körperlichen Ruhestunden verfügen; den Pflegerinnen werden auch noch fast überall schwere häusliche Arbeiten, wie Kochen, Waschen und Scheuern zugemutet. Nur einer geringen Zahl ist es möglich, einen ein- oder zweiwöchigen Urlaub zu erlangen.

Die Bezahlung für die aufreibende Tätigkeit beträgt in der Regel jährlich 300-510 Mk. bei freier Station; als Höchstgehalt wurden 700 Mk. ermittelt. Von dem Gehalt fließen 5-16 2/3 Proz. der Pensionskasse zu.

Die Gesundheitsverhältnisse der Pflegerinnen sind außerordentlich schlechte. Die Todesfälle, besonders an Tuberkulose, erreichen eine erschreckende Häufigkeit. Mit dem unausbleiblichen körperlichen Zusammenbruch wird auch die seelische Widerstandsfähigkeit geschwächt, was sich in den entsetzlich hohen Selbstmordzahlen widerspiegelt. Der Redner nannte diese Ausbeutung der Leistungsfähigkeit der deutschen Krankenpflegerinnen: Raubbau an dem edelsten Menschenmaterial.

Die gründliche Ausrottung dieser Mißstände liegt nicht nur im Interesse der Pflegerinnen, sondern auch der Kranken, die heute übermüdeten, abgehegten und seelisch verstimmt Pflegeschwestern anvertraut werden. Die Berufsorganisationen der deutschen Krankenpflegerinnen fordern eine Höchstdienstdauer von 10 Stunden täglich, Regelung von Tagdienst und Nachtwachen, dreijährige, mindestens aber zweijährige Ausbildung, staatliche Alters- und Unfallfürsorge, Urlaubsgewährung, Befreiung von allen groben und niederen Arbeiten, die mit der Krankenpflege nichts zu tun haben und durch die ledigliche Löhne für Dienstpersonal gespart werden sollen usw.

Das Referat wurde oft von stürmischen Kundgebungen unterbrochen. Die nach der in zustimmendem Sinne verlaufenen Aussprache verlesene Entschließung konnte unmöglich als Ausdruck des Empfindens des Redners und der Zuhörer gelten; sie wurde trotz des Widerspruchs des Referenten angenommen. Die Entschließung lautet wie folgt:

„Die Fortschritte der Wissenschaft im Studium und in der Erkenntnis des menschlichen Organismus und die gewonnenen Erfahrungen über die Art und Wirkung der Ermüdung auf denselben beweisen, daß es unwissenschaftlich ist und eine Vergeudung bedeutet, wenn man die menschliche Leistungsfähigkeit durch Überanstrengung zerstört. Wir richten daher an die Vorstände der Krankenhäuser die ernstliche Bitte (!), dem Problem der Überarbeitung unter den Pflegerinnen die gleiche Aufmerksamkeit zuzuwenden, wie die Leiter industrieller Einrichtungen sie jetzt für die Überarbeitung ihres Personals beweißen (!), damit die gegenwärtige und unnötige traurige Zerstörung der Gesundheit der Pflegerinnen aufhören möge.“ — Nicht die Industriellen haben der Überarbeitung ihres Personals ein Ende bereitet, sondern die Industriearbeiter haben sich eine geregelte Arbeitszeit erkämpft, verehrte Schwestern! Datum geht hin, und tut desgleichen.

Aus der Partei.

Warnung vor russischen Schwindlern. Das Bezirks-Parteisekretariat Leipzig veröffentlicht folgende Warnung: Wiederholt hat die Parteipresse in letzter Zeit darauf hingewiesen, Russen gegenüber, die sich als politische Flüchtlinge ausgeben, äußerst vorsichtig zu sein. In sehr vielen Fällen konnte festgestellt werden, daß es sich um gemeine und geriebene Schwindler handle, die es nur aufs Gelderlangen abgesehen haben. Vielfach ist ihnen dies auch gelungen. Unter dem Vorwande, möglichst schnell nach Genf oder Paris zu gelangen, wozu ihnen angeblich die Mittel fehlten, bieten sie in Partei- und Gewerkschaftsbüros, in Konsumvereinen und bei Ortsvereinsvorständen Schreibentwürfe zu hohen Preisen an. Durch gefälschte Schriftstücke und Empfehlungsschreiben wird der Schein der Glaubwürdigkeit erweckt. Die Papiere sind meist mit gefälschtem Stempel versehen und durchweg plumpe Nachwerke. In den letzten Tagen versucht nun wieder eine solche Schwindlergesellschaft, bestehend aus 16 Personen, darunter zwei Frauen, das Leipziger Gebiet abzugrauen. Am Montag erschien ein falscher angeblicher russischer Flüchtling im Bezirks-Parteisekretariat und bot unter Vorlage nachstehenden Schreibens Briefe und Schreibern zum Verkauf an:

Russische Sozialdemokraten!
Nr. 16. Wir Sozialdemokraten aus Moskau schicken heraus den tüchtigen Parteimitglied Johann Jankelewicz, der durch politische Sachen Rußland verlassen mußte. Wir bitten unsere Brüder und Genossen aufs wärmste, denselben womöglich zu unterstützen, damit derselbe Genosse nach der Schweiz wie am schnellsten hinkommen kann. Unterstempelt ist das Schriftstück mit einem runden Stempel in roter Farbe, dessen Inschrift in deutscher Schrift lautet: Russische Sozialdemokratische Arbeiter-Partei, Moskauer Organisation. Am Kopfe des Stempels befinden sich zwei ineinander greifende Hände. Als dem „politischen Flüchtling“ seine Schwinderei auf den Kopf zugelegt wurde, erklärte er sich bereit, das Schreiben von Sachkundigen prüfen zu lassen, er wolle am nächsten Tage wiederkommen. Erschienen ist er aber nicht. Ein weiteres Empfehlungsschreiben mit dem Stempel einer schlesischen Arbeiterorganisation und unterzeichnet „Heeger“ ist in den Händen des Schreibwarenhandlers. Die Partei- und Gewerkschaftsgenossen seien dringend vor den Schwindlern gewarnt. Auf alle Fälle sind solchen Personen die Papiere abzunehmen und dem Parteisekretariat einzusenden. Wir ersuchen die Arbeiterpresse um Nachdruck, damit diesen Schwindlern das Handwerk gelegt werde.

Gewerkschaftsbewegung.

Lohnbewegung in der Metallindustrie des Kölner Industriegebietes. Um eine Verkürzung der Arbeitszeit zu erreichen, haben die Metallarbeiter eine große Bewegung eingeleitet. Am Mittwoch abend fanden in Köln, Mülheim, Ralf, Deutz, Ehrenfeld, Süß, Bayenthal und Kippes insgesamt elf zu meist überfüllte Versammlungen statt, in denen über die Forderungen, die an die Unternehmer gestellt werden sollen, Beschluß gefaßt wurde. Es wurde von den Rednern festgestellt, daß in der Metallindustrie des Kölner Gebietes eine so lange Arbeitszeit bestiehe wie in keinem anderen Industriebezirk im Reich. Das wird durch eine Statistik belegt, die sich auf 82 der größten Betriebe mit 23 309 Arbeitern erstreckt. Nach dieser Statistik haben 6 Betriebe mit 1657 Arbeitern eine Arbeitszeit von 57 Stunden, 4 Betriebe mit 467 Arbeitern 58 Stunden, 2 Betriebe mit 3132 Arbeitern 58 1/2 Stunden, 1 Betrieb mit 2820 Arbeitern 58 1/2 Stunden, 27 Betriebe mit 8147 Arbeitern 59 Stunden, 10 Betriebe mit 3094 Arbeitern 59 1/2 Stunden, 15 Betriebe mit 2298 Arbeitern 60 Stunden, 3 Betriebe mit 187 Arbeitern 61-62 1/2 Stunden und 1 Betrieb mit 292 Arbeitern 64 Stunden die Woche. Die Arbeitszeit beträgt im Durchschnitt 58,07 Stunden pro Woche oder pro Tag 10,01 Stunden. Einmütig stimmten die Besucher aller elf Versammlungen den folgenden Forderungen zu: 1. die tägliche Arbeitszeit beträgt an den ersten fünf Wochentagen 9 1/2 Stunden, Sonnabends 8 1/2 Stunden, pro Woche 56 Stunden; 2. Überstunden, die nur in dringenden Fällen verlangt werden dürfen, werden für die ersten drei Stunden mit 25 Proz., für weitere Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit mit 50 Proz. Zuschlag vergütet; Arbeiter, die in abwechselnder Schicht arbeiten müssen, erhalten einen Zuschlag von 10 Pfg. pro Stunde. Die Stunden- bzw. Allfördlöhne sind dergestalt zu erhöhen, daß durch die Verkürzung der Arbeitszeit der frühere Verdienst erreicht wird. Die Lohnzahlung soll wöchentlich an einem der ersten fünf Wochentage, möglichst Freitags, erfolgen. Die Leitung dieser großen Lohnbewegung liegt in den Händen einer Zentralkommission, die aus fünf Vertretern des deutschen Metallarbeiterverbandes und je zwei Vertretern der christlichen und Hirsch-Dunderschen Organisation besteht.

11. Verbandstag des Deutschen Fabrikarbeiterverbandes. Bei der Beratung der „allgemeinen Anträge“ rief die Majorität eine lange Debatte hervor. Bisher war es den Verwaltungsstellen durch Verbandsbeschlüsse zur Pflicht gemacht, für die Arbeitsruhe am 1. Mai unter bestimmten Grundbedingungen einzutreten, die in der Hauptsache lauten: „In Fabriken, in denen nach Art und Natur derselben eine andere Organisation Hauptfaktor ist, haben sich unsere dort als Hilfsarbeiter tätigen Kollegen den Beschlüssen der betreffenden Organisation zu fügen. In Betrieben, wo unsere Organisation ausschlaggebend ist, müssen zwei Drittel der Beschäftigten mindestens ein Vierteljahr organisiert sein, um mit vier Fünftel Mehrheit beschließen zu können, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen. Werden die Kollegen ausgesperrt, so tritt § 12 des Streikreglements in Kraft. Über die bezüglich der Maifeier gefaßten Beschlüsse haben die Bevollmächtigten dem Vorstände bis zum 15. April eines jeden Jahres Mitteilung zu machen.“ Zu diesen Bestimmungen lagen fünf verschiedene Anträge vor, von denen die wichtigsten ein Antrag Bremen und ein Antrag Lübeck waren. Der erstere wollte die Bestimmungen über die Maifeier erweitern, indem die Beschlüsse über Arbeitsruhe dem Vorstande noch bis zum 30. April mitgeteilt werden konnten. Der zweite lautet, daß die bisherigen Verbandsbestimmungen über die Maifeier aufzuheben sind. Dafür sind Satzungen im Verbandsstatut festzulegen, die sich mit den zurzeit bestehenden Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses und des Parteitages decken. In der Diskussion trat die Mehrzahl der Redner für die Aufhebung der jetzt geltenden Maifeierbestimmungen ein, und der Antrag Lübeck, den auch die Statutenberatungskommission und der Vorsitzende Brey empfahlen, wurde mit großer Mehrheit angenommen. Dazu ein Antrag Hamburg: „In Betrieben, in denen unsere Organisation ausschlaggebend ist, müssen zwei Drittel der Beschäftigten ein Vierteljahr organisiert sein und mit drei Vierteln Mehrheit beschließen, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen. Die Abstimmung hat in einer Betriebsversammlung zu erfolgen, in der zwei Drittel der Beschäftigten anwesend sein müssen. In Berücksichtigung einer Reihe vorliegender Anträge reichte die Statutenberatungskommission einen Entwurf zur Gründung einer Versicherungskasse für die Funktionäre des Verbandes ein, der einstimmig angenommen wurde. Unterstützung erhält jeder Funktionär des Verbandes, der bei einer im Auftrag und Dienste des Verbandes verrichteten Arbeitsleistung verunglückt. Die zu gewährenden Unterstützung besteht in Krankenunterstützung, Invalidenunterstützung, Witwenunterstützung, Sterbegeld. Zu den Kosten zahlen die Zahlstellen per Umlageverfahren für jedes Verbandsmitglied pro Jahr 5 Pfg.; die Zahlung erfolgt jährlich im Voraus. Die Hauptkasse zahlt jährlich einen 50prozentigen Zuschlag zu dieser Einnahme. Es wurde dann zu Punkt 8 der Tagesordnung: „Statutenberatung“ geschritten. Die Statutenberatungskommission hat alle vorliegenden Anträge dazu einer Vorbesprechung unterzogen und schlägt vor, die Beiträge nicht zu erhöhen und keine An-

derung an den Unterstützungseinrichtungen vorzunehmen. Nur einige Anträge nicht einschneidender Natur werden von ihr zur Annahme empfohlen. In der Abstimmung trat der Verbandstag den Vorschlägen der Kommission bei. Danach tritt in der Beitragsregelung nur die folgende Neuerung ein:

„Tritt ein männliches Mitglied von der 45-Pfg.-Klasse in die 55-Pfg.-Beitragsklasse ein, dann werden die früher geleisteten niederen Beiträge als 55-Pfg.-Beiträge angerechnet. Tritt ein Mitglied der 25-Pfg.-Klasse in die höhere über, dann werden die niederen Beiträge in solche der höheren Klasse umgerechnet. In jedem sechsten Jahre ist ein 53. Wochenbeitrag zu entrichten. Mitglieder, die zu einer anderen Organisation übertreten, treten wieder in ihre alten Rechte ein, wenn sie innerhalb dreier Monate infolge Berufswechsels den Übertritt in den Fabrikarbeiterverband vollziehen. In Bezug auf das von Hamburg angeregte Vertretersystem wurde beschlossen, eine Kommission zu wählen, die die auf diesem Gebiete in Betracht kommenden Einrichtungen anderer Organisationen studieren und dem nächsten Verbandstage eine Vorlage machen soll. Jedoch können Zahlstellen, die jetzt schon das Vertretersystem haben, dieses beibehalten. Der Verbandsausschuß wird in Zukunft anstatt aus fünf aus sieben Personen bestehen. Eine Änderung am Wahlsystem zu den Verbandstagen bestimmt, daß an Orten mit über 1000 Mitgliedern in Zukunft nur auf weitere 1500 Mitglieder ein Delegierter mehr gewählt werden kann, anstatt bisher auf weitere 1000. Damit waren alle zum Statut gestellten Anträge erledigt.

„Kopfloze Verwirrung“ als Grund zum Verbot eines öffentlichen Umzugs. Der Bürgermeister von Remberg (Kreis Wittenburg) versagte den freien Gewerkschaften die Genehmigung zu einem aus Anlaß des Gewerkschaftsfestes geplanten Umzuge, weil „Gefahr für die öffentliche Sicherheit“ zu befürchten sei. In der „Begründung“ heißt es: „Schon die Teilnahme von Kindern am öffentlichen Umzuge, der politischen Zwecken dienen soll und in diesem Sinne von den Zuhauern alsbald erkannt werden wird, ist geeignet, die öffentliche Sicherheit insofern zu gefährden, als die Kinder, da sie bei entstehenden Reibereien oder Schlägereien am meisten zu leiden haben werden, erfahrungsgemäß in kopfloser Verwirrung sich und andere, auch eventl. die Zuschauer an der Gesundheit schädigen. Im übrigen wird der geplante Umzug, dessen besondere Berechtigung nicht anerkannt wird, durch Verschärfung der Parteigegegensätze die Gemüter erhitzen, was die öffentliche Sicherheit gefährden dürfte.“ — Man könnte über solche Begründung lachen, wenn die Sache nicht so tief ernst wäre.

Streik russisch-polnischer Landarbeiter. Auf dem Gute Althof bei Barten (Ostpr.) legten 30 russisch-polnische Arbeiter die Arbeit nieder. Anlaß daß der Gutsbesitzer ihre Wünsche befriedigte, drohte er ihnen, jetzt mitten in der Erntezeit, mit der Ausweisung, was die Leute in große Erregung versetzte. Nun holte der Gutsbesitzer den Gendarmen, der die Arbeiter aufforderte, ihre Tätigkeit aufzunehmen. Dieser Aufforderung kamen sie nicht nach. Als eine Arbeiterin „offenen Widerstand gegen die Staatsgewalt“ leistete und die andern Arbeiter eine „drohende Haltung“ einnahmen, machte, wie die bürgerlichen Blätter melden, der Gendarm von seiner Waffe Gebrauch und zirkelte die aufgeregten Leute. Die Arbeiterin, die als „Kädelführerin“ gilt, wurde verhaftet, während man 5 Arbeiter über die Grenze schaffte. Die anderen nahmen dann die Arbeit wieder auf.

Zur drohenden Zertilarbeiterausperrung in Brünn wird uns telegraphisch gemeldet, daß die Aussperrung etwa 14 000 Personen umfassen würde. Eine Versammlung der separatistischen Gewerkschaften beschloß Donnerstag abend, sich an der Lohnbewegung nicht zu beteiligen, da sie kein Interesse am Kampfe habe.

Aus Nah und Fern.

Über die größten Grubenkatastrophen der letzten zwanzig Jahre bringt die „Nationalzeitung“ folgende Zusammenstellung:

	Personen um- gekommen
1910 Birmingham (Alabama)	185
1909 Cherrry (Idaho)	120
1909 Cherrry (Idaho)	150
1908 R a d b o d	335
1907 Marianna (Pennsylvania)	300
1907 K e d e n (Saarrevier)	143
1906 Polande-Mine (bei Pittsburg)	500
1906 Dore-Mine (bei Pittsburg)	250
1906 Courrières	1200
1906 Nagasaki (Japan)	250
1905 Rhondda Valley (Wales)	119
1903 Hanna (Wyoming, Vereinigte Staaten)	175
1902 Fraterville (Kentucky)	200
1894 Carolina lü c k (Westfalen)	119
1894 Pontypridd (Wales)	286
1894 Karwin (Österreich)	235
1893 Grube Camp hausen (Saar)	181
1893 Lhornhill (England)	139
1892 Lodon (Wales)	116

In Deutschland allein verunglückten bei Grubenkatastrophen nach dem „Vorwärts“ 1905: 1235; 1906: 1211; 1907: 1748; 1908: 2051; 1909: 1748; 1910: 1571 Personen.

Das ländliche Angestelltenproletariat. Nicht erhalten erbärmlich niedrige Löhne trotz der Unsummen, die der Großgrundbesitz abwirft. In einem Anerbieten aus Regenthin in der Altmark, heißt es nach einer Mitteilung im „Vorwärts“: „Ich suche einen Herrn in gereiften Jahren, der das Landleben dem Stadtleben vorzieht und dem Pflichterfüllung lieber ist als Amüsaments. Sie würden freies Essen und freie Wohnung und monatlich 20 Mk. (zwanzig Mark) erhalten oder 25 Mk. ohne freie Wohnung; das sind so die bisher üblichen Bedingungen.“ Außerdem wird angefragt, ob der Mann in gereiften Lebensjahren für das Wagnis, 20 Mk. monatlich ihm vorzuschicken, auch Kautions stellen könne. Das famose Angebot wurde im vorliegenden Falle dankend abgelehnt. Leider findet immer noch so mancher, der auf solche „gute Stelle“ hinfällt.

Hausfrauen-Selbsthilfe. Der „Frankfurter Zeitung“ wird berichtet: Die außergewöhnlich hohen Butterpreise haben am Sonnabend in Neusaal a. O. der zu einer Revo-

der Hausfrauen auf dem Buttermarkt geführt. Zu Hunderten rotteten sie sich zusammen, viele in Begleitung ihrer Gemänner, und verübten Gewalttätigkeiten gegenüber den Butterverkäufern, die einen Preis von Mk. 1,70 pro Pfund verlangten. Diesen wurde die Butter mit Gewalt aus den Händen und Körben gerissen, man drückte ihnen Mk. 1,30 in die Hand und flüchtete dann. Die Polizei war dem erregten Publikum gegenüber machtlos. Schon an den früheren Märkten war es zu erbitterten Auseinandersetzungen zwischen Käufern und Verkäufern gekommen.

Der misglückte Luftbettel. Ein Dachauer Luftspiel in vier Akten. Erster Akt: Der Herr Bezirksammann erläßt, wohl auf Befehl der Regierung, einen "flammennden" Aufruf, in Dachau für die Nationalflaggen die Gelder einzusammeln. Zweiter Akt: Der Herr Bürgermeister verliert in der Magistratsitzung diesen Aufruf und im Nu sind bereitwillig ein Ortsauschuß und Sammelstellen für das behrte Werk geschaffen. Dritter Akt (drei Wochen später): Das Bezirksamt ersucht den Ortsauschuß, die eingesammelten Gelder mittels Postanweisung oder sonst auf geeignete Weise an das kgl. Bezirksamt einzusenden. Vierter Akt: Allgemeines Schütteln des Kopfes. Es ist überhaupt nichts zum Einschicken da! Der Vorhang fällt.

2 Personen verbrannt. In Schönebeck an der Elbe kamen bei dem Brande eines 4-Familien-Hauses ein 70-jähriger Tischlermeister und sein vierjähriges Entelkind in den Flammen um.

Tunnel-Einsturz. Laut amtlicher Meldung ist gestern im Schürzeberg-Tunnel auf der Strecke Bebra-Giechberg im Bahnhof Oberriebel, wo Dichtungsarbeiten ausgeführt werden, aus der Mitte des Gewölbes etwa 15 Kubikmeter Mauerwerk und Felsen durch starken Druck im Gebirge eingestürzt. Menschen sind nicht verletzt worden. Entgleisungen oder Beschädigungen von Betriebsmitteln sind nicht vorgekommen. Beide Gleise sind vorläufig gesperrt. Das westliche Hauptgleis wird voraussichtlich in 24 Stunden wieder fahrbar.

Explosion. In der Garage der Opelwerke in der Mainzer Landstraße erfolgte beim Abfüllen von Benzin eine Explosion. Zwei Personen kamen ums Leben, mehrere andere wurden schwer verletzt.

Noch ein Grubenunglück. Aus Kobltscheid (Rhld.) wird gemeldet: Auf der Grube "Laurweg" wurden Freitag fünf Bergleute von einem Förderkorb erfasst. Ein Bergmann wurde getötet, ein zweiter schwer und die drei übrigen leicht verletzt.

Sitte in Petersburg. In der Residenz herrscht andauernd ungewöhnliche Hitze und Trockenheit. Aus anderen Orten des Reiches wird gemeldet, daß die Hitze 35 bis 40 Grad erreichte. Die Waldbrände nehmen zu. Heiße Winde schädigen die Getreide. Pflanzläge treten auf.

Im Schneesturm umgekommen. In den Stubaieralpen ist der Wiener Tourist Rosenberger im Schneesturm umgekommen. Seine ihn begleitende Tochter wurde völlig erschöpft noch lebend aufgefunden.

Ein Erdbeben suchte gestern früh Konstantinopel heim. Es hat keinen großen Schaden angerichtet.

Sinabgefügter Zug. Ein Zug der Newport-Neuhaven-Bahn ist bei Dorchester, Massachusetts, einen Damm hinabgestürzt. Drei Personen waren sofort tot, die Zahl der Verwundeten beträgt über 100.

Synchjuzitz in Bayern. Ueber einen Versuch, auch in Bayern Synchjuzitz nach amerikanischem Muster einzuführen, berichtet der "Frankische Kurier" aus dem pfälzischen Städtchen Rodenhäusen: "Ein Geschäftsmann aus Rodenhäusen, der hie und da nach Kaiserslautern kam, hatte sich dort von den sehr zweifelhaften Reizen einer Animmier-Mamsell umstriden lassen. Es kam so weit, daß er einen Teil seiner Habe veräußerte und mit jener in die freie Schweiz reiste. Doch bald war er der schönen Hebe überdrüssig und so wollte er wieder nach Rodenhäusen zurück, wo seine Frau nebst mehreren Kindern in bitterer Armut saßen. Doch die Verlassene hatte kein Verlangen, den reuigen Sünder in ihre Arme zu schließen; sie gab dies auch, nach-

dem ihr Mann seine Ankunft für den Nachtzug um 11 Uhr angekündigt hatte, Nachbarleuten zu erkennen. Als nun der Zug mit dem Ausreißer in die Station eingelaufen war, hatte sich eine große Menschenmenge dort eingefunden, die jenen mit braulenden Hochrufen empfing: "Schlagt ihn tot!", "Ins Wasser mit ihm!" (Die Menge flücht dort vorüber) Klang es von allen Seiten. Mit Stößen und Fauststößen ging es auf den Mann los; er wurde zu Boden geschlagen, erhob sich und lief weiter, um wieder eingeholt und in eine gefüllte Körbelpanne geworfen zu werden. Dann lief er wieder zurück gegen den Bahnhof zu und flüchtete in die Knobloch'sche Wirtschaft dort. Aber auch hier hatte er keine Ruhe; man verlangte ihn heraus und drohte ihm erneut, er werde totgeschlagen werden. Dem dort anwesenden Bezirksammann gelang es nicht, Ruhe zu schaffen, und erst die herbeigeeilte Gendarmerie zerstreute schließlich die aufgeregte Menge. Der Angegriffene mußte durch ein Gendarmereigewalt auf ein benachbartes Dorf gebracht werden, wo er übernachtete. Er hatte einen Stich am Kopf und war am ganzen Körper zerkratzt. Wie groß die blinde Wut seiner Angreifer gewesen, erhellt daraus, das sogar einer von ihnen selbst einen Stich erhielt, der ihm im Durchgänger verfehentlich beigebracht wurde."

Heiteres.

Der Hausarzt. — Heute habe ich der dicken Käthn aus der Trambahn geholfen; für diese "ärztliche Bemühung" werde ich ihr extra zehn Mark berechnen!

Gutes Geschaffen. — Daß der Angeklagte nicht mit im Spiel war, geht daraus schon hervor, daß er vom Tatort mit der Sekundärbahn heimfuhr."

Der Freibrief. Strolch: Durch Bayern kommt ohne jeden Anstand; da brauch' i bloß a Zentrumsblattl in d' Hand zu nehmen, dann respektiert jeder Gendarm in mir die herrschende Partei!

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: T. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Die Patentrechtsauskunftsstelle für Unbemittelte

in der Gewerbekammer,
Breitestrasse 27, 1, Zimmer 4,
geöffnet jeden Mittwoch,
abends von 6—7 Uhr*)
und Sonnabends,
mittags von 12—1 Uhr.

*) Die Mittwoch-Sprechstunden werden von einem Patentanwalt wahrgenommen.
2591) Die Gewerbekammer.

Unien Freund Albert to sin hütigen Wegenseit en donnerndes Soch! wünscht di din Frau.

2593) Du ra wer dat weien sind.

Sofort leeres Zimmer zu vermieten.

2509) Sadowastrasse 28, 2. Et.

Eine kleine Wohnung zu vermieten. (2504) Deponier 31, II.

Zum 1. Oktober eine Wohnung an ruhige Leute zu verm. (2493) Marienthal, Altrisenbötterstr. 45.

Zum 1. Oktober eine Gangwohnung zu vermieten. (2527) Gartenstraße 46 n.

Eine Wohnung im Gang. Miete jährlich Mk. 68. (2529) Glockengießerstr. 70 II.

Kleine Gangbude an einzelne Personen zu vermieten. (2508) Noh. in der Mauer 114.

6 Stüd H. Säuer billig zu verkaufen in Gemin. (2555) Höheres H. Dechau, Pölsinger Allee 141.

Fahrrad mit Torn. sehr gut erh. 45 Mk. Radenheimerstr. 5 (2518) Mehrere noch gut erhaltene

Fahrräder m. u. oh. Kreisl. billig zu verkaufen von 20 Mk. an. (2495) J. Meier, Arnimstr. 12 a

Ein Posten neuer Räder wegen vorgerückter Saison zu bedeutend herabgesetzten Preisen. (2496) J. Meier, Arnimstr. 12 a

Ein Damenrad zu verkaufen. Preis neu. (2497) Reiterstraße 38 a.

Ein Baby-Schlafkorb billig zu verkaufen. (2491) Fremdenstr. 8.

2 Sog. Ferkel, nehr. Zugänger sind zu verkaufen. (2521) Pölsinger Allee 141.

Feinste Hofbutter Pfd. 1.30 8 frische Eier 60 Pfg. (2490) Lange gelbe Kartoffeln 10 Pfd. 50 Pfg., 50 Pfd. 2,25 Mk. Kohlraben Pfd. 15 Pfg. empfiehlt Wilhelm Süfke, Bärenbergstr. 21. Fernspr. 1746.

Alle Sorten Weine und Spirituosen auch im Kleinstverkauf u. Anschlag empfiehlt J. Hoppner, Beckerg. 66.

Die besten Suppen
erhalten Sie aus
MAGGI'S Nudel-Suppe (Fadennudeln)
Erbs mit Schinken-
Rumford-
Grüntern-
Königin-
Tapioka-
Sternchen-Suppe
u. w. (Mehr als 35 Sorten).
10 Pfg. der Würfel
für 2—3 Teller
Allein echt mit dem Namen **MAGGI**
und der Schutzmarke  Kreuzstern.
(2469)

 **Meine Spezialität:** 
erstkl. westfäl. Hartkoks
nur erprobte beste Qualitäten
von intensiver Heizkraft
fast schlackenfrei verbrennend
in allen Körnungen
empfehle ich zu
billigsten Sommerpreisen
welche nur noch diesen Monat Gültigkeit haben.
Christian Gäde
Kontor: Nur Fischergrube 4. Fernsprecher 242.
Lager: Bei der Drehbrücke. (2468)

Mehrere gebrachte, gut erhalt. **Fahrräder**
mit und ohne Freilauf
äußerst billig.
T. Vedder
Friedensstraße 1. (2524)
Alle Sorten
Brennmaterialien
liefern in bester, trockener, großpreiser Ware zu ermäßigten Preisen, frei Haus.
H. Hoffmann
Koks- und Kohlenhandlung
en gros 2517 en detail
Schönkampstraße 6 b.
Ad. Bäcker Uhren- u. Goldwaaren-
verkäufer. (104) Pölsinger Allee 13.
2 Zugänger zu verkaufen. (2502) Beckerg. 4, Burgstr.

Herzlicher Sonntagsdienst
am 11. Aug. von 1 Uhr ab. (2515)
Dr. med. Ziehl, Gr. Burgstr. 47.
Dr. med. Raben, Gürtlerstr. Allee 18.
Dr. med. Hofstaetter, Mühlenstr. 24.

Carl Folkers
Möbelmagazin
25 Marlesgrube 25.
Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
100) Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.
Zimmereinricht. stets vorrätig.
Lieferung frei Haus
auf eigenem Möbelwagen.
: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gebe rote Lubeca-Rabattmarken.

Ausgekämmtes Haar
wird gekauft (2467)
Damen-Frisier-Salon,
Breite Straße 54.

Gewerkschaftshaus
Lübeck, Johannisstraße 50-52
ff. gepflegte Biere.
Kalte und warme Speisen zu jeder Tageszeit.
ff. Mittagstisch ff. von 12—2 Uhr, 102) 65 Pfg.

— Achtung! —
Auf dem Gewerkschaftsfest (2497) in Fackenburg
Friedrich Hennings
Beefsteakzelt.

Zum Gewerkschaftsfest
Die F. O. G.-Loge „Nafte nie“, Fackenburg, Segebergerstr. 37, bringt ihren Ausschank von alkoholfreien Getränken in empfehlende Erinnerung. Solide Preise. (2492) (Kaffee 10 Pfg.)

Kaffee, Tasse 10 Pfg.
am Gewerkschaftsfest
h. Bäckerm. E. Bahls, Fackenburg, (2461) Segebergerstraße 31.
Auf dem Festplatz:
H. Halberstädter Bratwurst in Heines Halberstädter Würsthalde (2455) F. Freitag.

Achtung Schneider!
Abmarsch zum Gewerkschaftsausflug am Sonntag, mittags 1 Uhr, vom Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50-52. (2526) Die Ortsverwaltung.

Einsegel
95) Morgen Sonntag:
Tanzkränzchen.
Wilhelm-Theater.
Jeden Sonntag von 5—1 Uhr:
99) **Ballmusik.**
Weisser Engel
Rageburger Allee 29.
Endstation Bahnlinie 4.
2520) Jeden Sonntag:
Freies Tanzkränzchen.

 **Friedr. Franz Halle**
Morgen Sonntag:
Gr. Tanzkränzchen
Eintritt frei.
2510) Endstation Krankenhaus.
Ende 1 Uhr.

Schlutup.
Gasthof
„zum weißen Schwan“
Inh.: R. Böge. (2472)
Jeden Sonntag: **Tanzkränzchen.**
Gute Speisen. ff. Biere.

Adlershorst. (101)
Jeden Sonntag: **Tanzkränzchen**

Zentral-Hallen
Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen.
Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.
103) H. Pagel.

Freilicht-Theater.
Forsthalle
2512) Israelsdorf.
(Pächter: A. Pederzani.)
Gastspiel des Freilicht-Theaters Hamburg.
Montag, den 12. August 1912:
Cain
(Cain und Abel)
in 2 Akten nach Lord Byron
von Martin Frelhsee.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Preise der Plätze: Mk. 2,00, 1,50, 1,00, 0,50.
Vorverkauf Mk. 1,80, 1,30, 0,90
bei F. W. Kaihel, Breite Straße und
in der Forsthalle Israelsdorf.

Vereinigte Stadttheater in Lübeck.

Direktor und künstlerischer Leiter: Stanislaus Fuchs.

Spielzeit 1912/13 vom 15. September 1912 bis inkl. 15. Mai 1913.

Personal-Verzeichnis:

Vorstände.

Oper: Oberregisseur Hermann Beyer, Regisseur Max Aschner.
Schauspiel: Oberregisseur Georg Brunow, Regisseure Willy Schwelsguth u. Ernst Albert.
I. Kapellmeister: Carl Pfeiffer und Dr. J. Hartzem.
II. Kapellmeister und Chordirektor: Hans Stoll.
Kapellmeister und Correpetitor: Hermann Weigert und Carl Adlung.
Ballettmeisterin: Marguerite de Koöcsi.

Darstellende Mitglieder des Schauspiels.

(Die Fachbezeichnungen sind lediglich zur besseren Orientierung des Publikums angefügt)

Herren:

Georg Brunow, Heldenväter und heroische Charakterrollen.
 Arno Hoß, Helden und Liebhaber.
 Rudolf Schürer, jugendl. Helden u. Liebhaber.
 Gustav Berton, Liebhaber und Bonvivants.
 Erich Nowack, Charakterrollen.
 Willy Schwelsguth, Charakter-Komiker.
 Jul. Heydecker, Charakt.-u. Operett.-Komiker.
 Ernst Albert, Humoristische Väter u. Chargen.
 Edgar Pauly, I. Chargen.
 Karl Tröndle, Väter und Chargen.
 Jeannot Janson } kleine Rollen.
 Franz Bohlen }
 Karl Radloff }

Damen:

Marie Pfiel, I. Heldinnen und Salondamen.
 Selma Wuttke, sentimentale Liebhaberinnen.
 Marie Hilbrecht, muntere Liebhaberinnen.
 Anna Hueppeden, naive Liebhaberinnen.
 Lisa Bormann, II. Liebhaberinnen.
 Dora Kaps, Lustspielsoubretten.
 Amélie Laudien, Anstandsdamen.
 Anna Gerlach, komische Alte.
 Valerie von Neuendorff, bürgerliche Mütter (siehe Oper).
 Anna Hofer, II. komische Alte.
 Auguste Janson } kleine Rollen.
 Elsa Franz }

Darstellende Mitglieder der Oper.

Herren:

Josef Schöffel, Helden-Tenor.
 Willy Kollwitz, lyrischer Tenor.
 Heinrich Schorn, Tenor-Buffo.
 Carl Grave, Tenor-Partien.
 Harry de Garmo, Helden-Bariton.
 C. Axel Holmquist, lyrischer Bariton.
 Carl Heinz Barth, Spiel-Bariton.
 Georg Fabian, seriöser Baß.
 Max Aschner, Baß-Buffo.
 Konrad Lehmann, II. Baßpartien.
 Karl Merilü } kleine Gesangspartien.
 Alexander Obermaier }
 Gustav Baumgarten }
 Julius Naumann }

Damen:

Ella Kruse - Tiburtius, hochdramatische Sängerin.
 Tilly Schmidt, jugendl. dramatische Sängerin.
 Elfriede Overhoff, Koloratur-Sängerin.
 Tilly Jansen, Soubrette.
 Olga Renner, Operetten-Soubrette.
 Signe Karell } Allistinnen.
 Hedwig Wolter }
 Valerie von Neuendorff, komische Alte in Oper und Operette.
 Editha Held, jugendliche Sängerin.
 Dora Kaps } kleine Gesangspartien.
 Frieda Schellenberger }

Ballett.

Marguerite de Koöcsi, Ballettmeisterin.
 Martha Li-Mann, Solotänzerin.
 Grete Post, Tänzerin.

Elsa Petrowsky } Tänzerinnen.
 Erna Petrowsky }
 Mizi Popper }
 Henny Kienzler }

Orchester: (53 Mitglieder) des Vereins der Musikfreunde in Lübeck.
 I. Konzertmeister: Szanto. — II. Konzertmeister: Nowack. — Harfe: Moser.

Opernchor: 16 Herren. — 16 Damen.

Bureau und Kasse:

W. E. F. Köhler, Direktions-Sekretär. — Fr. Kressin, Buchhalter. — Wilhelm Paul, II. Sekretär und Hauptkassierer. — Agnes Paul, Marie Dierks, Kassiererinnen. — Karl Peters, Bibliothekar und Bureaugehilfe. — Willy Braun, Theaterdiener.

Inspektion etc.:

Alfons Franz, Bühneninspektor der Oper. — Jeannot Janson, Bühneninspektor des Schauspiels. — Käthe Kummer, Souffleuse der Oper. — Doris Alberti, Souffleuse des Schauspiels.

Technisches Personal:

Carl Scharf, Hausinspektor. — Hugo Steding, Maschinenmeister mit 12 Bühnenarbeitern. — Alex. Ludwig, Beleuchtungsinspektor mit 3 Gehilfen. — Friedrich Würz, Theatermeister und Kastellan. — Franz Wagner, Garderoben-Verwalter mit 3 Gehilfen. — Ida Wagner, Garderoben-Verwalterin mit 3 Gehilfinnen. — Paul Meyer, Dekorationsmaler mit 1 Gehilfen. — Walter Klein, Friseur mit 2 Gehilfen. — Marga Hamann, Friseurin mit 2 Gehilfinnen. — Ludwig Vitense, Requisiteur mit 1 Gehilfen.
Hauspersonal: 1 Oberheizer, 1 Heizer, 16 Logenschließerinnen, 16 Garderobenfrauen.

Spielplan.

Oper.

Neuheiten.

„Der Schmuck der Madonna“
 von Wolf-Ferrari.

„Der Templer und die Jüdin“ von Marschner.

(Neubearbeitung von Dr. Hans Pfitzner.)

„König für einen Tag“ von Adam (Neubearbeitung von Wolf).

Neueinstudierungen.

„Euryanthe“ v. Weber (Dessauer Neueinricht.)
 „Samson und Dalila“ von Saint-Saëns.
 „Figaros Hochzeit“ von Mozart.
 „Don Juan“
 „Gosi fan tatta“
 „Die Malenkönigin“ von Glück.
 „Die verkaufte Braut“ von Smetana.
 „Der schwarze Domino“ von Auber.
 „Der widerspenstigen Zähmung“ von Götz.
 „Bohème“
 „Madame Butterfly“ von Puccini.
 „Das Heimehen am Herd“ von Goldmark.

Neben diesen Werken werden wie bisher Richard Wagners Werke und die Schöpfungen der alten Meister gepflegt.

(Der Ring des Nibelungen im Zyklus.)

Operette und Posse.

Neuheiten.

„Der liebe Augustin“, Operette von Leo Fall.
 „Eva“, Operette von Franz Lohar.
 „Bummelstudenten“, Posse von Pohl und Wilken.

Neueinstudierungen.

„Japan“ von Zell und Gende.
 „Fanny“ von Suppé.
 „Der lustige Krieg“ von Johann Strauß.

BALLETT.

„Wiener Walzer“, großes Ballettdivertissement von Graeb.

Schauspiel.

Neuheiten.

„Gudrun“ v. Hardt. (Verf. v. „Tantris der Narr“.)
 „Wetterleuchten“ von Strindberg.
 „Das weite Land“ von Schmitzler.
 „Alles um Geld“ von Eulenberg.
 „Der Bettler von Syrakus“ von Sudermann.
 „Die Sprache der Vögel“ von Paul.
 „Die fünf Frankfurter“ von Rößler.
 „Josephine“ von Bahr.
 „Der gutsitzende Frack“ von Gabriel Drégely.
 „Inge“ von Tralow.
 „Eheferien“ von Evers.
 „Zarin“ von Lenghiel. (Verf. von „Taifun“.)
 „Lottchens Geburtstag“ von Thoma.
 „Münchhausens Antwort“ von Gumpenberg.

Neueinstudierungen.

„Antigone“ von Sophocles, Musik von Mendelssohn-Bartholdy.
 „Wallenstein-Trilogie“ von Schiller.
 „Egmont“ von Goethe.
 „Nathan der Weise“ von Lessing.
 „Richard III.“
 „Viel Lärm um nichts“
 „Ein Sommernachtstraum“ von Shakespeare.
 „Heinrich IV.“
 „Weh dem, der lügt“ von Grillparzer.
 „Rosmersholm“
 „Bund der Jugend“ von Ibsen.
 „Der Revisor“ von Gogol.
 „Frau Warrens Gewerbe“ v. Bernard Shaw.
 „Hanneles Himmelfahrt“ von Hauptmann.
 „Agnes Bernauer“ von Hebbel.
 „Donna Diana“ von Moreto.

Wertvolle Neuheiten finden nach erfolgreichem Erscheinen im Spielplan Berücksichtigung.

Gäste.

Kammersänger Jacques Urius vom Stadttheater in Leipzig.
 Kammersänger Francesco D'Andrade.
 Kammersänger Wilhelm Herold von der Kgl. Oper in Kopenhagen.
 Max Lohring vom Stadttheater in Hamburg.
 Kammersängerin Eva von der Osten von der Kgl. Hofoper in Dresden.
 Kammersängerin Signorina Prevosti.
 Kammersängerin Hermine Bosetti von der Kgl. Hofoper in München.
 Frieda Schreiber vom Hoftheater in Schwerin.
 Paul Wegener vom Deutschen Theater in Berlin.
 Robert Nihil } vom Deutschen Schauspielhaus in Hamburg.
 Adele Dorée }
 Ensemble-Gastspiel des Deutschen Schauspielhauses in Hamburg unter persönlicher Leitung des Herrn Dr. C. Hagemann mit: „Bunbury“ von Oscar Wilde.
 Mit anderen hervorragenden Gästen sind z. Zt. noch Verhandlungen im Gange.

6 Volks-Vorstellungen finden an Sonntags-Nachmittagen statt.

Abonnements-Bedingungen.

Genehmigt von der Theaterbehörde.

Vom 15. September 1912 bis inkl. 15. Mai 1913 finden 200 Abend-Vorstellungen im Voll-Abonnement statt.

Ausgeschlossen vom Voll-Abonnement sind die 33 Mittwochs-Vorstellungen, sowie die Vorstellungen an folgenden 7 Tagen: 16. September 1912, 18. November 1912, 25. und 26. Dezember 1912 (1. und 2. Weihnachtstag), 31. Dezember 1912 (Silvester), 23. und 24. März 1913 (1. und 2. Ostertag).

(Die eingetragenen Voll-Abonnenten haben die Berechtigung, auch zu diesen 7 Vorstellungen Eintrittskarten auf ihre Plätze zum Abonnementspreise spätestens am 8. Tage vor der Vorstellung zu lösen.)

Alle übrigen Vorstellungen, also auch sämtliche Gastspiele, finden ohne jeden Kostenaufschlag im Voll-Abonnement statt.

Um vielfachen an die Direktion gerichteten Wünschen zu entsprechen, fällt das gekoppelte zweitägige Abonnement fort. Dafür wird ein Abonnement auf die einzelnen Tage eröffnet, nämlich:

auf 32 Montage,
 „ 32 Dienstage,
 „ 32 Donnerstage,
 „ 32 Freitage.

Ausgeschlossen von diesem Tages-Abonnement sind folgende Daten:

Montage: 16. September, 18. November, 24. März (Ostermontag).

Dienstage: 31. Dezember (Silvester), 6. Mai.

Donnerstage: 26. Dezember (2. Weihnachts-Feiertag), 20. März (Gründonnerstag), 15. Mai.

Freitage: 27. Dezember.

Die eingetragenen Abonnenten des betreffenden Tages haben die Berechtigung, auch zu diesen ausgenommenen Vorstellungen Eintrittskarten auf ihre Plätze zum Abonnementspreis spätestens am dritten Tage vor der Vorstellung zu lösen.

Außerdem wird wieder ein besonderes Abonnement auf 17 an jedem zweiten Sonntag stattfindende Vorstellungen eröffnet. Dieses Abonnement wird außer der ersten Sonntag-Vorstellung am 21. September nur Opern umfassen.

Das Sonntag-Abonnement fällt auf folgende Daten:

21. September, 5. und 19. Oktober, 2., 16. und 30. November, 14. und 28. Dezember, 11. und 25. Januar, 8. und 22. Februar, 8. und 22. März, 5. und 19. April, 8. Mai.

An den dazwischen liegenden Sonntagen werden in der Regel klassische und volkstümliche Vorstellungen gegeben. — Diese, sowie die Mittwochs-Vorstellungen (vorwiegend Operette und Posse) finden bei kleinen Preisen statt.

Das Abonnement ist frei übertragbar. Das Feilhalten von Abonnementskarten in offenen Läden und Verkaufsstellen zu billigeren als den Kassenspreisen ist nicht zulässig. Bei Zuwiderhandeln ist die Direktion berechtigt, das Abonnements-Abkommen einseitig aufzuheben, ohne zur Rückerstattung der bereits gezahlten Beträge verpflichtet zu sein.

Eingetragene Voll-Abonnenten werden ersucht, die mit ihren Unterbeteiligten getroffene Abmachung über das Anteilverhältnis auf der Theaterkanzlei anzumelden. Die Teilnehmer am Voll-Abonnement, die mit jeder 3., 4., 5. oder 6. Vorstellung angemeldet sind, sowie die Tagesabonnenten sind, falls eine Vorstellung wiederholt auf ihren Abonnementstag fällt, zum Umtausch berechtigt. Sie haben alsdann die Abonnementskarte spätestens am Tage vor der Vorstellung in der Theaterkanzlei einzureichen und erhalten gegen eine Gebühr von 50 Pfg. einen Gutschein, welcher zur Lösung einer Eintrittskarte zu einer der an den nächsten 7 Tagen stattfindenden Vorstellungen an der Theaterkasse berechtigt. Hierbei sind Sonn- und Feiertage, sowie Vorstellungen zu erhöhten Preisen ausgeschlossen.

Der Abonnementsbetrag ist in 4 gleichen Teilbeträgen zu entrichten. Der erste Teilbetrag ist bei Ausgabe der ersten Eintrittskarten, der zweite Ende Oktober, der dritte Ende Dezember, der letzte Ende Februar zahlfällig. — Die genauen Termine werden durch die Tagespresse bekannt gemacht. — Vorausbezahlung sämtlicher oder mehrerer Teilbeträge ist zulässig. Die Abonnenten der letzten Spielzeit, welche ihre bisherigen Plätze beizubehalten wünschen, wollen ihren Entschluß bis zum 21. August der Theaterkanzlei schriftlich anzeigen. Nach dieser Frist kann über die Plätze anderweitig verfügt werden.

Anmeldungen werden entgegengenommen:

auf Voll-Abonnements vom Mittwoch, den 21. August bis Dienstag, 27. August

auf Tages-Abonnements vom Mittwoch, dem 28. August bis Dienstag, dem

3. September d. Js., an Werktagen von 10—1 Uhr und 4—6 Uhr, an Sonntagen von 11—1 Uhr in der Theaterkanzlei des Neuen Stadttheaters (Eingang Fischergrube, Tür 1).

Der Spielplan wird regelmäßig für eine Woche im voraus bekannt gemacht.

Die Preise der Plätze haben zum Teil eine Veränderung erfahren. Im Einvernehmen mit der Theaterbehörde ist die Direktion darauf bedacht gewesen, mehr Plätze als bisher zu Mittelpreisen zu schaffen.

Die **Preise der Plätze im Neuen Stadttheater** stellen sich wie folgt:

Namen der Plätze	Erhöhte Preise	Kassenpreise				Abonnements-Preise						
		Grosse	Mittel	Kleine	Nachm.	Voll-Abonnem. für 200 Abend-Vorstellungen		Eintägiges Abonnem. für 32 Vorst. a. Montag, Dienstag, Donnerstag oder Freitag		Sonabend-Abonnem. für 17 Vorstellungen (16 Opern)		
						Für jede Vorst.	Für die ganze Spielzt.	Für jede Vorst.	Für die ganze Spielzt.	Für jede Vorst.	Für die ganze Spielzt.	
Proszeniumsloge	7.—	6.—	5.—	4.—	2.—	3.30	660.—	—	—	—	—	—
I. Rang-Loge, Vorderplätze	6.—	5.—	4.—	3.50	1.80	3.—	600.—	3.50	112.—	8.75	68.75	—
„ Hinterplätze	5.50	4.—	3.50	3.—	1.50	2.70	540.—	3.—	96.—	8.25	55.25	—
I. Rang-Balkon, 1. Reihe	6.—	5.—	4.—	3.50	1.80	3.—	600.—	3.50	112.—	8.75	68.75	—
„ 2. bis 4. Reihe	5.50	4.—	3.50	3.—	1.50	2.70	540.—	3.—	96.—	8.25	55.25	—
„ 5. bis 6. Reihe	4.50	3.—	2.50	2.—	1.20	2.—	400.—	2.25	72.—	2.50	42.50	—
Sperrplatz, 1. bis 6. Reihe	5.50	4.—	3.50	3.—	1.50	2.70	540.—	3.—	96.—	8.25	55.25	—
Parkett, 7. bis 10. Reihe	4.50	3.—	2.50	2.—	1.20	2.—	400.—	2.25	72.—	2.50	42.50	—
„ 11. bis 17. Reihe	3.50	2.50	2.—	1.50	1.—	1.50	300.—	1.60	51.20	1.85	31.45	—
Sitzparterre, 18. b. 20. Reihe	2.30	1.50	1.20	1.—	0.60	—	—	—	—	—	—	—
II. Rang, 1. bis 3. Reihe	3.—	2.—	1.60	1.20	1.—	1.20	240.—	1.30	41.60	1.50	25.50	—
„ 4. bis 6. Reihe	2.50	1.50	1.20	1.—	0.70	0.90	180.—	1.—	32.—	1.15	19.55	—
III. Rang, 1. bis 3. Reihe	1.50	1.—	0.80	0.60	0.40	—	—	—	—	—	—	—
„ 4. bis 6. Reihe	1.—	0.70	0.60	0.50	0.30	—	—	—	—	—	—	—

Die Bestimmung, daß in den Logen Vorder- und Hinterplatz vergeben werden muß, wird aufgehoben.
 Voll-Abonnements werden vor den Tagesabonnements berücksichtigt.
 Bei besonderen Anlässen können die Preise erhöht werden.
 Tagesverkauf von 11—2 Uhr und eine halbe Stunde vor Beginn der Vorstellung.
 Der Vorverkauf findet zwei Tage vor der Vorstellung statt.
 Vorverkauf- und Vorbestellgebühr für jeden Platz 20 Pfg.

Für den III. Rang fällt an Sonn- und Festtagen die Vorbestellgebühr fort. Der Verkauf der Eintrittskarten findet nur am Tage der Vorstellung statt. Es werden höchstens 4 Karten an die einzelne Person verabfolgt.

Garderobengebühr. Die Garderobengebühr ist gleichzeitig mit dem Platzgelde zu bezahlen, sie beträgt: a) im I. Rang, Sperrplatz, Parkett, II. Rang 20 Pfg.; b) im III. Rang, Sitzparterre 10 Pfg.; c) bei Volksvorstellungen für alle Plätze 10 Pfg.

Garderobenabonnem. Die Garderobengebühr wird mit dem Abonnementspreis erhoben, sie beträgt: a) für Vollabonnements 25 Mk.; b) für 32 Vorstellungen 4.50 Mk., c) für 17 Vorstellungen 3 Mk.

Der Verkauf der Eintrittskarten findet nur an der Theaterkasse statt.

Preise der Plätze im Stadthallen-Theater:

	Oper und Operette	Schauspiel
	M.	M.
Proszeniums- und Orchesterloge	3.—	2.50
Fremden- und Parkettloge	2.40	2.—
I. Parkett	1.80	1.50
II. Parkett	1.20	1.—
Seitenloge	1.20	1.—
Balkon	0.90	0.75
Sitzparterre	0.60	0.50

Im Stadthallen-Theater findet kein Abonnem. statt. Es werden Dutzendkarten ausgegeben. Dieselben sind nur an der Kasse des Stadttheaters erhältlich.

Preise der Dutzendkarten: für Proszeniums- und Orchesterloge Mk. 24, für Fremden- und Parkett-Loge Mk. 20, für I. Parkett Mk. 15, für 2. Parkett und Seitenloge Mk. 9, für Balkon Mk. 7.

Lübeck, im August 1912.

Die Leitung der Vereinigten Stadttheater.
 Stanislaus Fuchs.

2465)

Hugo Lübckes Restaurant Fackenburg.

Zum Gewerkschaftsfest

empfehle allen werten Teilnehmern meine Lokalitäten. Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt.
 Das Preisschießen findet auf meiner Hofstelle statt.

Hugo Lübcke.

Hansa-Brauerei
 A.-G., Lübeck.
Lager- u. Tafelbier.
Kapuziner-Bräu.
 Fernsprecher Nr. 161. (2470)

Allen Besuchern des
Gewerkschafts-Festes
 empfehle die gefällige Benutzung meiner
Spielbude.
 J. Tödt (2463)

Brauerei Walkmühle
 empfiehlt ihre
 aus feinstem Hopfen und Malz erzeugten Biere
 wie
ff. Lagerbier
ff. Münchener Bier
ff. Kaiserbier. (2471)

Zum Feldkrug.
 Endstation der elektrischen
 Bahn, Linie 10.
 Zum Gewerkschaftsfest
 allen Teilnehmern
 bestens empfohlen.
 Zur Einfuhr ladet freundlich ein
 F. Meyer. (2434)

Deutscher
Metallarbeiter-Verband.
 Verwaltungsstelle Lübeck.

Abmarsch zum Gewerkschaftsfest
 präzis 1 Uhr vom Gewerkschafts-
 haus. (2530) Die Ortsverwaltung.

Konzerthaus Friedrichshof
 Jeden
 Sonntag: **Tanzkränzchen.** (307)

Metropol
 Lichtbild
Theater

Heute neues Programm bis Diens-
 tag, den 13. August.
Beethoven (großes Drama).
Rückfälle (Drama).
Leute Binner's Testament (Komödie).
**Freigen will seine Schulden be-
 zahlen (humor.)**
Die lebende Nahrung (humor.)
Maler aus Liebe (humor.)
In den Schwämmen Schloß (Natur)
Schlängensperre (Natur).
 Sonntag nachmittags von 2—4 Uhr
 große Kinder-Vorstellung mit ent-
 zückendem Programm. (2462)

Seefahrer-Krankenkasse (E. G. H. Nr. 16).
Außerordentliche General-Versammlung
 am Montag, dem 19. August 1912, abends 8 Uhr
 bei Herrn J. Jürß, Engelsgrube 59.
 Tagesordnung: **Innere Kassenangelegenheiten.**
 Wir machen auf § 26, Absatz 4 der Statuten besonders aufmerksam.
 Der Vorstand. (2350)

Die
Adler-Brauerei Lübeck
 empfiehlt ihr
vorzüglich eingebrantes Lagerbier.
 Kontor: Arnimstraße 29-31.
 Fernsprecher 693. (2481)

Trinkt
Buntekuh-Kümmel
 I am pikant-
 Brennerei Buntekuh. (1703)

Deutscher Transportarbeiter-Verband
 Mitgliedschaft Lübeck.
Einladung
 zum
Sommerfest
 bestehend in Herren- und Damen-Preisschießen, Kindervergnügen,
 Konzert und Ball, am
Sonntag, dem 25. August 1912,
 im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50-52.
Anfang 4 Uhr. Ende 8 Uhr.
 Herren-Schießen vormittags von 11—1 Uhr, nachmittags von 4—8 Uhr.
 Kindervergnügen von 5—7 Uhr. Eintritt für Herren 30 Pfg., eine Dame
 frei. Einzelne Dame 20 Pfg., wofür Garderobe.
 Das Komitee. (2523)

Rotes Kapital.

Die Berliner Finanzzeitschrift „Plutus“ schreibt: Deutschlands Arbeiterkonsumgenossenschaften und freie Gewerkschaften haben gemeinsam unter der Firma „Volksfürsorge“ eine Aktiengesellschaft ins Leben gerufen, die den Zweck hat, die Volkswirtschaft zu pflegen. Sünftig betonte ich an dieser Stelle, daß der äußere Anlaß zu dieser Gründung in der Unzufriedenheit weiterer Kreise mit den Leistungen der bisherigen Volksversicherungsinstitute zu suchen sei. Daß die Prämienleistungen der Versicherten in keinem Verhältnis zu dem stehen, was schließlich an die einzelnen Volkspoliceinhaber herausbezahlt wird, unterliegt keinem Zweifel. Fraglich ist nur, ob — wie es die Agitation vielfach predigte — verschwenderische Wirtschaft und kapitalistische Profitgier die Leistungen ermäßigt oder ob die Unkosten, die aus der Eigenart des Volksversicherungszweiges heraus erwachsen, erheblich mehr als die Speesen anderer Versicherungsarten betragen. Neigt man der letzteren Ansicht zu, so entsteht gerade gegenüber der neuen Gründung die Frage, ob die Unkosten des privatkapitalistischen Betriebes sich reduzieren lassen, wenn an Stelle bezahlter Agenten die Werbearbeit von Arbeiterorganisationen tritt.

Darüber habe ich ausführlich vor kurzem an dieser Stelle gesprochen und dabei gleich betont, daß diese Fragen zwar für die Versicherungsgesellschaften, die sich einer schweren Konkurrenz gegenübersehen, und für die Arbeiter, die in Zukunft ihr geringeres Geld höhere Versicherungssummen zu erhalten hoffen, von außerordentlicher Wichtigkeit sein mögen, daß aber andere Seiten der Angelegenheit aufmerkhameres Betrachten seitens der öffentlichen Meinung heißen. Die neue Gründung ist gemeinsamer Beratung der Genossenschaften und der Gewerkschaften entsprossen. Aber der Idee nach handelt es sich um ein richtiges Genossenschaftskind. Mag auch äußerlich der Wareneinkauf noch so verschieden von dem Einkauf in eine Versicherungsgesellschaft sein, beide Handlungen haben im genossenschaftlichen Sinne doch sehr viel Gleichartiges. Wie beim Wareneinkauf ist auch bei der Versicherung der organisierte Reflektant schon durch den Großbedarf, den er repräsentiert, dem unorganisierten Versicherungsnehmer überlegen. Es ist denn auch keineswegs absolut neu, daß sich die Genossenschaften mit dem Versicherungsweisen befassen. Bereits der allgemeine Verband der Deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, der vor dem Tage von Kreuznach einträchtiglich die gut bürgerlichen Kreditvereine und die immer mehr zu proletarischen Massenorganisationen sich entwickelnden Konsumvereine umfaßte, veruchte den Zwischenhandel ebenso wie im Wareneinkauf auch im Versicherungsweisen auszuschalten. Er veranlaßte seine Mitglieder, sich vorzugsweise bei den von ihm empfohlenen Versicherungen einzukaufen und legte billigere Bedingungen für seine Mitglieder für alle Schadens- und auch für Lebensversicherungen durch. Dem so dokumentierten Bedürfnis in Genossenschaftskreisen konnte sich auch nach der Trennung der neugebildete Zentralverband deutscher Konsumvereine nicht verschließen. Freilich kam für ihn die Lebensversicherung weniger in Betracht, als die Versicherung gegen Unfall, Haftpflicht und Feuer. Denn nun jetzt der Zentralverband deutscher Konsumvereine neben die Versicherungsvermittlung, die an die Verkaufsabteilung der Großeinkaufsgesellschaft angegliedert war,

für die Arbeiterlebensversicherung in kleinen Beträgen eine besondere Versicherungsgesellschaft stellt, so ist das ein konsequenter Schritt, der niemanden wunder nimmt, der die Entwicklung des Konsumgenossenschaftswesens verfolgt hat. Denn genau so wie auf dem Gebiet des Wareneinkaufes ist auf diese Weise auf dem Gebiet des Versicherungswezens der wichtige Fortschritt vom organisierten Einkauf der in den kapitalistischen Fabriken hergestellten Waren zur Eigenproduktion gemacht worden.

Die — teilweise schon so stolz ragenden Gebilden ausgereckten — Produktionsunternehmungen der deutschen Konsumvereine dürfen nicht mit den Produktivgenossenschaften verwechselt werden, die in allen Spielarten des romantischen Sozialismus eine große Bedeutung gehabt haben, und mit deren Hilfe auch Ferdinand Lassalle noch glaubte, den Kapitalismus entthronen zu können. Sehr bald hat man erkannt, daß diese Produktivgenossenschaften, die ihre Waren auf dem Markt der kapitalistischen Wirtschaftorganisation abliefern müssen, den Konjunkturschwankungen dieses Marktes wie jedes andere Unternehmen ausgesetzt sind. Ebenso wie der kapitalistische Unternehmer sind die Produktivgenossenschaften auf Profit angewiesen, ebenso wie ihm droht ihnen trotz aller Staatsunterstützung die Klippe des Unternehmerrisikos. Wie so oft in der Wirtschaftsgeschichte geriet hier mit der alten Form der Produktivgenossenschaft auch die Sache selbst in Mißkredit, nämlich das Produzieren auf genossenschaftlicher Basis. Zu Unrecht. Denn das Risiko der kapitalistischen Warenproduktion ist an die Notwendigkeit gebunden, den kapitalistischen Markt zu benutzen. Läßt sich der Markt mit seinen Konjunkturschwankungen ausschalten, dann triumphiert die Produktivgenossenschaft. Der Konsumverein bot das Mittel zur Ausschaltung des Marktes. Je größer die Konsumvereine wurden, je mehr andererseits die einzelnen erstarkten Konsumvereine miteinander in Verbindung traten, je kräftiger die allgemeine Einkaufsstelle für sämtliche Arbeiterkonsumvereine sich entwickelte, desto größer wurde die Warenmenge, für die sicherer Absatz durch die Konsumvereine erzielt werden konnte. Wenn nun entweder große Konsumvereine oder die zentrale Einkaufsstelle eigene Bäckereien, eigene Fleischerieien, eigene Warenfabriken, Seifenfabriken, Zigarrenfabriken oder gar Tuchfabriken anlegten, so war diese genossenschaftliche Eigenproduktion eigentlich die Erfüllung der Träume, die die alten Produktivgenossen träumten. Solche genossenschaftliche Eigenproduktion bietet insofern übrigens auch die Erfüllung eines sozialistischen Traumes, als hier nicht mehr die Produktion zum Zwecke des Warenablasses die Prämie ist, sondern nur im Rahmen des vorher bestimmten Bedarfes produziert wird.

Die neue Volksversicherungsgesellschaft hat aber noch nach einer anderen Richtung hin prinzipielle Bedeutung. Das Lebensversicherungsgeschäft zerfällt in zwei Tätigkeiten: An erster Stelle steht die Akquisition der Versicherer, an zweiter Stelle die Anlage der Gelder der Versicherten. Eine Gesellschaft, die Zugang an neuen Versicherungen hat, muß Jahr für Jahr erhebliche Summen aufspapeln. Denn alljährlich zahlen die Versicherten den gleichen Prämienbetrag, während das Risiko, das ihre Versicherung bietet, mit jedem Jahre zunimmt. Die Versicherten zahlen mithin in den ersten Jahren mehr, als das aus der Sterbetafel errechnete Risiko bietet, während sie in den letzten Jahren rechnungsmäßig zu wenig zahlen. Infolgedessen muß der jeweils zu viel bezahlte Jahresbeitrag

in der Prämienreserve aufgespeichert werden. Ein Blick in die Bilanzen unserer Versicherungsgesellschaften zeigt uns, um welche riesigen Summen es sich da bei unseren Privatversicherungsgesellschaften handelt. Und ein Blick in die Jahresbilanzen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und in die Berichte der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands lehrt uns, welchen Zupruch die neue Versicherungsgesellschaft haben wird. Noch nie ist annähernd so viel Geld in die Hände von Arbeiterbelegierten geflossen, wie das bei der neuen Gesellschaft der Fall sein wird. Das Geld muß angelegt werden nach den Vorschriften des Aufsichtsamtes für die Privatversicherung. Es kann keine Rede davon sein, wie es in den Angriffen gegen die neue Gesellschaft geschehen ist, daß die Gelder etwa der sozialdemokratischen Partei oder den Gewerkschaften zufließen. Andererseits aber lassen die Gründer selbst schon heute keinen Zweifel daran aufkommen, daß sie die Kapitalien in einer Weise anlegen werden, die auf der Richtlinie genossenschaftlicher Betätigung liegt. Insofern wie die neue Versicherungsgesellschaft zwaungsweise oder freiwillig Wertpapiere für ihr Vermögen erwirbt, wird sie allerdings wohl oder übel den Racker Staat unterstützen müssen. Aber auf dem Gebiete der Hypothekenanlage wird sie neue Wege wandeln. Gebunden ist sie auch hier an die Normen, die für die unbedingte Sicherheit von Hypotheken gelten. Aber die Gesellschaft wird mit ihren Hypothekendarlehen in allererster Linie den Bau von Genossenschaftshäusern und Kleinwohnhäusern unterstützen. Für die Bewegung, die auf die Erbauung hygienisch und kapitalistisch gesunder Wohnhäuser abzielt, hat daher die Gründung der genossenschaftlichen Volksversicherungsanstalt eine Bedeutung, die sich vorläufig noch gar nicht absehen läßt. Und in dieser Beziehung ist tatsächlich hier etwas absolut Neues geschaffen worden. Auch nach der negativen Seite, denn die vielen Millionen der Arbeiter, die bisher in der Volksversicherung festgelegt waren und den großstädtischen Hypothekmärkten zugeführt wurden, werden dem kapitalistischen Wohnungsbau in Zukunft nicht mehr zur Verfügung stehen oder doch nur sehr mit Auswahl.

Das Proletariat als Bankier! Auch diese Idee ist nicht neu. Viel mehr, als man es glaubt und es weiß, alimentieren die Großen der Arbeiterbevölkerung bereits unseren Kapitalmarkt. Durch die Versicherungsgesellschaften und durch die Sparkassen werden die Hypothekmärkte und der Markt der Staats- und Kommunalanleihen mit Arbeitergeldern durchzogen. Aber auch das organisierte Proletariat ist bereits Geldgeber großen Stiles. Viele Millionen haben als laufende Guthaben und als langfristige Kredite die großen deutschen Gewerkschaftsverbände unter anderen auch bei der Deutschen Bank angelegt. Die Idee, die Verwaltung dieser Millionen selbst in die Hand zu nehmen und eine Gewerkschaftsbank zu gründen, ist seit langem angeregt worden und wird auch wohl nur mit der Ausführung dieser Idee zur Ruhe kommen. Diese Bank könnte als Mittelpunkt der Sparsätigkeit der Arbeiterschaft eine außerordentliche Bedeutung gewinnen.

Eine Schwierigkeit nur bietet sich solchen proletarischen Finanzprojekten: die Schwierigkeit nämlich, geeignete Bankdirektoren des Proletariats zu finden. Bisher hat die deutsche Arbeiterschaft sehr schlecht bezahlte Persönlichkeiten an der Spitze ihrer Organisationen. Die Demokratie ist eine miserable Arbeitgeberin: sie verlangt viel und zahlt wenig. Dem Arbeiter, der nach

Der Bauer vom Wald.

Novelle von Anton von Perfall.

(9. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Vater, i bin net so schlecht, g'wis net. Miz hab' i ver-gess'n, gar nix. Aber ganz verwirrt hat er mi g'macht, der Mensch, ganz verwirrt, daß i hm nachgeh'n muß, wenn i hn glet net mag. A Krankheit is, die reinst' Krankheit, als wenn i was Giftig's ausg'schütt' hätt'n im Haus, das ein den Kopf verwirrt. Und i werd' a nimma g'lund da herob'n, g'wis nimma. Drum schid' mi fort, Vater, ganz fort! I bitt' di selb'r drum.“

Dem Bauern war sein Zorn über die Worte rasch ver-flogen. Er verstand sie nur zu wohl.

„Borberhand schid' i di jetzt zum Grimm, nachh'r werd' ma schon seh'n. Geh nur, Rosl, geh nur. Es hat Eil, schau!“

Das Mädchen wischte sich die Tränen aus den Augen und ging. Johannes aber eilte in die Stube, holte sein Fernglas und begab sich hinter das Haus; hier war keine Störung zu fürchten.

Er konnte alles übersehen. Eben verließ Jers die Hütte. Der Alte blieb allein. Er schliff ein Beil am Weststein.

Jetzt trat die Rosl auf den Schlag. Ihr blauer Rod leuchtete in der grellen, sonnenbeschienenen Schlagfläche, und immer eiliger wurde ihr Gang, als ob sie eine Ahnung erfaßt hätte. Sie kam auf hundert Schritte am Jers vorbei, der schon wieder rastlos die Art schwang, ohne ihn sehen zu können oder von ihm gesehen zu werden.

Johannes freute sich wie ein Kind darüber. Jetzt trat sie zu Grimm. Der Alte sah immer noch nicht auf vom Weststein.

Wählich, wohl auf einen Anruf Rosls, hob er jäh den Kopf. Rosl rebete zu ihm. Da ließ der Alte das Beil aus der Hand fallen, wohl vor Überraschung, und wandte sich völlig dem Mädchen zu. Dann wies er mit der Hand nach der Richtung, in welcher der Jers arbeitete. Rosl sprach noch ein paar Worte, dann eilte sie nach der Richtung. Der Alte aber stieg auf einen Baumstumpf und sah ihr nach.

Der Bauer sah deutlich, wie er lachte, und er selbst lachte im stillen mit.

Zwischen den Brombeerstauden leuchtete der blaue Rod Rosls. Der Jers arbeitete fort, ohne aufzusehen. Wählich blendete ihn wohl etwas. Er setzte die Art ab, hielt die Hand vor die Augen und blinnte nach der Richtung der Kom-menden. Doch diese hatte sich im nächsten Staudenwert ganz verwirrt und fand sich nicht mehr zurecht.

Da warf der Jers die Art weg, ein lauter Ruf drang bis zu Johannes herauf. Der blaue Fleck brach durch die Stauden, der Jers eilte ihm entgegen, schloß ihn in die Arme, die Stauden schlugen darüber zusammen.

Der Bauer war ganz bleich. So hatte er sich die Ent-wicklung doch nicht gedacht.

Ein sonderbarer Laut drang herauf. Der Grimm hatte ihn ausgepflogen. Wie ein blauer Vogel flog es auf in den Stauden, und der Alte hintte mit seinem krummen Fuß auf das Paar zu, das sich fest umschlungen hielt.

Jetzt hielt es Johannes nicht mehr. Er glaubte es recht schlaun gemacht zu haben und betrog sich zuletzt um das Beste. Er ließ jetzt die Anhöhe hinab. Vom Hofe herab hörte er Herrn Jers ganz erregt nach der Rosl rufen. „Na, die wär' dir aus d' Jahn'n g'räumt!“ sprach er für sich. „I möcht dir's net rat'n.“

Wie ein Junger sprang er über das Arbeitsfeld, daß die Leute ihm kopfschüttelnd nachsahen. Ein unbändiges Verlangen erfaßte ihn. Der Atem ging ihm aus, er mußte sich auf einen Stamm setzen.

Und dort standen sie; der Jers und die Rosl, lachend, schwägend, ihr Glück immer noch nicht fassend mitten in der Vernichtung ringsum, mitten in dem toten Wald standen sie, wie ein Symbol neuen, unverwülflichen Lebens.

Er, das Bild unverdorbener Kraft, in seinem Arbeits-fittel, den verblühtenen Lederhosen, dem starken Gliederbau; sie, eine bunte Blüte, schon leise angereift, die gerade noch zur rechten Zeit Schutz suchte und fand am knorrigen Stamm.

Und davor stand der alte Grimm, die Schnackhaz, die Milze in den gefalteten Händen, ganz andächtig, als bete er.

Lange betrachtete Johannes das Bild. Das Raß kam ihm in die Augen. Das war also die Zukunft, der künftige Bauer vom Wald!

Und er dachte der Worte des alten Grimm von dem dankbaren Boden, der noch ein Duzend solcher Wälder in sich birgt, und die Holzflöße rings schlugen frisch aus, Trieb brängte sich an Trieb, der köstliche Duft neuen Werdens flog auf ringsum.

Kerzengerade ging er auf das Paar zu. Doch kaum erblickte ihn Rosl, da eilte sie auf ihn zu, daß ihr der Hut vom Kopfe flog, und die Zöpfe sich lösten im zerrenden Ge-strüpp.

Johannes mußte sich lächlich einspreizen, um den jugend-lichen Anprall auszuhalten.

„Jetzt bin i wieder heil, Vater, ganz heil!“ jubelte Rosl. „O, du Haß'r, quäl'r Vater, mia soll i dir das ner-gelt'n?“

Johannes genoß die Minuten aus. Er sprach kein Wort und drückte den blondkopf innig an sich.

Unterdes stand der Jers vor ihm, seinen Hut drehend in arger Verlegenheit.

„Schau, Jers!“, jagte Johannes, „jetzt is ja komma über die Berg die neue Zeit, nach der di so verlangt hat. Erad der Wald hat i net rein lass'n. Jetzt liegt er da am Bob'n, und i halt sie wohl nimma auf. Hast du i no so gern, d' Rosl?“ So was ma in der alt'n Zeit gern hab'n g'nemnt hat?“

„O mei Bauer —“ Jers drehte verlegen den Hut in der Hand und seufzte schwer auf.

„Nun denn, in Gott's Nam'n, so hab't's anand'r und tragt's mitanand'r.“

Er legte ihre Hände zusammen. Ein Baum stürzte eben mit dumpfem Krach zu Boden.

„Hört's die Ehrensakven für den neuen Bauer vom Wald? Gest, da schau! Raßt dir nur halbat und do is so. Dem Matthes is 's Geld Haß'r als a leer'r Schlag, und er hat's Vorrecht, so kommt der Hof auf d' Rosl. Ja schau, mit an Wald kann 's jeder sei, aber Jers, ohne Wald, do der Bauer vom Wald, das braucht beß'n.“

„Also wär's wirkl' so?“ Der verlegene Burche streckte sich plötzlich und verwegene blitzten die schwarzen Augen auf. „I soll amal den Nam' führ'n? I, der arme Jers?“

„Net amal, glet sollst ihn führ'n,“ erklärte Johannes. „Du übernimmt die ganze Sach.“

„Nun dann, Bauer, dann schwör' i dir, daß i net rast'n will, bis i 's wirkl' bin; net grad heiß'n, sein will i der Bauer vom Wald. Und da unt' — er deutete auf den Boden — „wart' ja schon lang wied'r a and'r Wald, und den hol' i für der Rosl ihre Buab'n.“

Johannes hörte zum zweitenmal die Prophezeiung, und zum zweitenmal erfaßte ihn etwas wie Scham über seine Schwäche, die ihn das Feld so rasch räumen ließ.

Jetzt stand der junge Mensch wirklich als der Bote einer neuen Zeit vor ihm, in die einzugreifen er nicht mehr die Kraft fühlte.

Er drückte Jers nur tiefbewegt die Hand.

„Jetzt kommt's zur Muatt' und verlang't's ihr'n Seg'n. Sie wird 'n euch net wehr'n.“

Jers mußte mitgehen, wie er war, im Arbeitsgewande.

Johannes folgte auf einige Schritte Entfernung dem Paare. Vor seinen Augen woben sich seltsame Zukunftsbilder, zu welchen das Kreischen der Sägen, der Klang der Art, das Krachen der stützenden Bäume einen stimmungsvollen Akkord bildete.

(Fortsetzung folgt.)

harter Arbeit am Schluß der Woche kaum mehr als 20, nie aber mehr als 40 Mark im regelmäßigen Jahresdurchschnitt sein eigen nennt, ist es nicht zu verdenken, wenn er nicht begreifen kann, daß jemand zur Befriedigung seines Lebensaufwandes 50 000 Mark oder gar mehr jährlich haben zu müssen vorgibt. Von den (im Bankfach besonders dünn geläuten) paar Idealisten abgesehen, findet sich aber von erfolgreichen Bankmännern kaum einer, der billiger arbeitet. Ein besonders tüchtiger Mann aber müßte es sein, der an die Spitze einer Gewerkschaftsbank gestellt wird, denn abgesehen davon, daß

er ganz neuen Problemen gegenübergestellt wird, müßte er ebenso gefeit gegen die Versuchungen der kapitalistischen Welt, wie hart und rücksichtslos gegen die Spezialwünsche seiner Auftraggeber sein. Gerade diese besondere Schwierigkeit der Personalfrage besteht aber nicht beim Versicherungsgeschäft. Denn hier untersteht die Anlage der Gelder strenger Aufsicht. Bis zu einem gewissen Grade ist diese Anlage aber nichts weiter als schablonenhafte Bureaukratenarbeit und deshalb wird das Proletariat als Hypothekbankier genau so vorzüglich seinen Mann stehen, wie die Hypotheken-

bankiers der bürgerlichen Welt. Hier werden also nunmehr zum erstenmal Arbeitergelder von Arbeiterorganisationen zur Unterstützung der Arbeiterpolitik durch Darlehen angelegt werden. Ich zweifle nicht, daß das Experiment glückt und daß es von Dauer sein wird, wenn nicht — die Furcht vor dem Proletariat zum praktischen Staatssozialismus, zur beschleunigten Verstaatlichung des gesamten Lebensversicherungswesens führen wird.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwark. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Brauerei Fackenburg.

Zum Gewerkschafts-Fest

empfehle allen werten Teilnehmern meine Lokalitäten mit Garten. Für gute Speisen und Getränke
:: :: :: :: :: sowie aufmerksame Bedienung ist bestens Sorge getragen. :: :: :: :: ::
Hochachtungsvoll

HANS FICK.

(2488)

Spezialität: Brötchen a la Aschinger.

Zum Gewerkschafts-Fest

empfehle meine Lokalitäten allen Freunden und Gönnern, 2 Minuten vom Festplatz.

ff. Vereinsbräu.
H. Oldenstedt,
Fackenburg.

2475

Restaurant „Zum Mecklenburger Landkrug“ Lohmühlenweg 1.

Zum Gewerkschafts-Fest

halte meine Lokalitäten allen Bekannten, Freunden und Gönnern bestens empfohlen.

ff. Biere. **G. Luckmann.**

2476

Hansa-Halle.

Sonntag, den 11. August 1912

halte allen Teilnehmern zum Gewerkschafts-Fest meine Lokalitäten bestens empfohlen.

Von 5 Uhr an:
Große Tanzmusik.
Eintritt frei.

2474

J. Rieck.

Zum weißen Hirsch.

Sonntag grosses Garten-Konzert.

Zum Gewerkschafts-Fest

empfehle allen Freunden und Gönnern meine Restauration.

ff. Biere und Speisen.
Ad. Posky.

2480

Zahlstelle der Straßenbahn.

Fabrikarbeiter-Verband.

Zahlstelle Lübeck. (Distrikt Lübeck.)

Einladung zum

17. Stiftungs-Fest

verbunden mit Herren-Preisschießen, Damen- und Kinder-Vergnügen (Kinder-Vergnügen von 5-7 Uhr)

am Sonntag, dem 18. August 1912
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Anfang 4 Uhr. Ende 2 Uhr.
Herren-Schießen vormittags von 11 bis 1 Uhr, nachm. von 4 bis 8 Uhr.
Eintritt für Herren 30 Pf., Damen frei.
Die umliegenden Distrikte sind eingeladen.

2412)

Das Komitee.

Regelmäßige Dampferverbindung
Travenmünde-Grömitz-Kellenhusen-Dahme
per Salondampfer „Hollmann“
täglich 11 Uhr vormittags ab Travenmünde.

Achtung!

Holzarbeiter!

Abmarsch zum Gewerkschaftsfest um 1 Uhr vom Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50-52.
2507) Die Ortsverwaltung.

Former Lübeds.

Abmarsch zum Gewerkschaftsfest 1/4 Uhr vom Lokale des Herrn Schröder, Lederstraße.
2513 Der Obmann.

Achtung!

Zimmerer.

Abmarsch zum Gewerkschaftsfest präzis 1 Uhr vom Gewerkschaftshaus. Um zahlreiche Beteiligung erucht
2506) Der Vorstand.

Zentralverband der

Schmiede.

Zahlstelle Lübeck.

Abmarsch der Mitglieder zum Gewerkschaftsfest um 1 Uhr vom Gewerkschaftshaus.
2505) Die Ortsverwaltung.

Maschinisten und Heizer.

Abmarsch zum Gewerkschaftsfest 1 Uhr vom Gewerkschaftshaus.
2501) Der Vorstand.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Zentrale Lübeck.

Abmarsch der Kollegen zum Gewerkschaftsfest 1 Uhr vom Gewerkschaftshaus nach dem alten Bahnhof.
2500) Der Vorstand.

Achtung!

Verband der Fabrikarbeiter Deutschl.

Distrikt Stadelbörj.

Sammeln der Kollegen zum Gewerkschaftsfest nachmittags 1 1/2 Uhr bei J. Dose. Um rege Beteiligung erucht
2498) Die Distriktsleitung.



Achtung! Gesangverein St. Jürgen.

Abmarsch zum Gewerkschaftsfest vom Vereinslokal „Weißer Engel“ 12 1/2 Uhr.
2516) Der Vorstand.



F. L. Paetaus

Gesellschaftshaus.

Sonntag, Gewerkschaftsfest:

Grosses Garten-Konzert.

Im Saal:

Grosses Tanzkränzchen.

Eintritt frei.

Ausschank von ff. Vereinsbier.

ff. belegte Butterbröte a la Aschinger. (2489)



Gasthof „Drei Kronen“.

Sonntag, Gewerkschafts-Fest:

Grosses Garten-Konzert.

Im Saal:

Grosses Tanzkränzchen.

Eintritt frei. 2490 **H. Dose.**

Wieses Restaurant

Krepelsdorfer Allee 22.

Empfehle meine Lokalitäten allen Freunden und Gönnern

zum Gewerkschafts-Fest.

Otto Wiese.

2479

Waisen-Hof.

Sonntag, den 11. August 1912,

Zum Gewerkschafts-Fest

bringe meine Lokalitäten in freundliche Erinnerung.
Von 5 Uhr an: Große Tanzmusik.
Eintritt frei.

Gustav Gipp.

Restaurant zum alten Scheibenstand.

Den Besuchern des Gewerkschafts-Festes halte meine Restauration zur Einfuhr bestens empfohlen.
Herm. Nuppau.

2477